

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Wie kann Politik, wie können
Politiker wieder Ansehen gewinnen
Caspar Einem

Lueger – und die Wiener
Erinnerungskultur
Andreas Mailath-Pokorny

Kippt Lueger!?
Lilly Panholzer

Die Freiheit, die sie
meinen, die anderen
Rainer Bartel



REFLECTING
FASHION MUMOK

PLUS AKZENTE.

EDITORIAL

Europas Staats- und Regierungschefs sind erleichtert: Die Drohung, bei einer relativen Mehrheit für die linksgerichtete SYRIZA werde Griechenland aus dem Euro fliegen, hat gereicht, um der konservativen Nea Dimokratia (ND) – die Griechenland in die Situation gebracht hat, in der es heute ist – zu Platz 1 bei den Wahlen in Griechenland zu verhelfen. Obwohl sie heute als Garantin einer Sparpolitik gilt, verlangt auch sie unter dem Druck des SYRIZA-Erfolgs Änderungen am Spardiktat, denn die derzeitigen Bedingungen sind offensichtlich unerfüllbar. Bei einem Wahlerfolg SYRIZAS wäre der Eindruck entstanden, dass künftige Veränderungen Europa vom griechischen Wähler abgetrotzt worden wären. Die knappe Mehrheit für die ND verweist Griechenland hingegen auf den Platz des Bittstellers, dem seine »Schutzmächte« als Gegenzug für die Selbstunterwerfung großzügig gewisse Erleichterungen gewähren. Ob der Verzicht auf Selbstbewusstsein und soziale Perspektiven in der politischen Arena Griechenlands für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes und so auch für die Stabilisierung der Euro-Zone tatsächlich gute Voraussetzungen sind, wird sich zeigen. Eine Regierung, die von seinem Volk im Grunde verachtet wird, wird sich jedenfalls schwertun, einen Geist des Optimismus zu verbreiten und wirksame Reformen umzusetzen.

Am Beginn dieser Ausgabe gehen zwei AutorInnen in der »Aktuellen Debatte« der Frage nach, wie das auch in Österreich ramponierte Image der Politik repariert werden könnte:

Caspar Einem plädiert in seinem Beitrag für eine **Politik mit Standpunkten**, die sich auch nicht ständig **selbst entwertet**. **Barbara Blaha** wiederum geht **kritisch** mit der aktuellen Begeisterung für »**direkte Demokratie**« ins Gericht, der sie unterstellt, für die **Ablenkung von der tatsächlich laufenden Entdemokratisierung** des politischen Geschäfts instrumentalisiert zu werden.

Das Thema Demokratie stand auch im Mittelpunkt einer spannenden **Debatte** zum Thema **Fiskalpakt**, die am 04.06.2012 zwischen Staatssekretär **Andreas Schieder**, dem Wirtschaftsforscher **Stephan Schulmeister** und der Ökonomin **Elisabeth Klatzer** stattfand. Während Schieder für die Ratifizierung plädierte und darin auch eine Voraussetzung für Euro-Bonds erkannte, warnte Schulmeister vor einem öko-

nomischen und politischen Fehler der Sozialdemokratie, der in seiner Dimension schlimmer als Hartz IV wirken werde und kritisierte Klatzer die Bereitschaft der Politik sich in ein neoliberales Korsett stecken zu lassen.

Schwerpunkt unseres Hefts ist diesmal eine aktuelle gedenkpolitische Debatte, nämlich die ins Auge gefasste Umbenennung des Lueger-Rings, die in der Öffentlichkeit ebenso kontroversiell diskutiert wurde, wie sie davor jahrelang innerhalb der SPÖ diskutiert worden war.

Kulturstadtrat **Andreas Mailath-Pokorny** erläutert in seinem Beitrag den Zugang der **Stadt Wien im Umgang mit Gedenkpolitik**, Straßennamen und Denkmälern und warum in Sachen Lueger von einer »**damnatio memoriae**« keine Rede sein könne.

Florian Wenninger befasst sich kritisch mit den »**Standard**«-**Argumenten**, die gegen Umbenennungen im Allgemeinen und im Besonderen im Fall Luegers ins Treffen geführt werden und erläutert, warum eine schleichende Verharmlosung des **Lueger'schen Antisemitismus** unangebracht ist.

Eine weitere gedenkpolitische Initiative in Sachen Lueger stellt **Lilly Panholzer** vor, die sich mit ihren KollegInnen für eine **Umgestaltung des Lueger-Denkmal**s in ein Denkmal gegen Antisemitismus und Rassismus einsetzt.

Warum eine **Gleichstellung von Homosexuellen** noch lange nicht erreicht, mit falscher Zurückhaltung nichts gewonnen und auch eine Auseinandersetzung mit Begrifflichkeiten in dieser Debatte sinnvoll ist, setzt sich **Rainer Bartel** in seinem Beitrag auseinander.

Nach den **Buchtipps** rundet das **Schlusswort** von **Markus Marterbauer** die Juni-Ausgabe ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘAK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Mai-Thu Perret Flow My Tears I, 2011, Mannequin mit Glaskopf, Replika von Elsa Schiaparellis «Skelett-Kleid» (hergestellt von Naoyuki Yoneto, London) / mannequin with glass head, replica of Elsa Schiaparellis «skeleton dress» (produced by Naoyuki Yoneto, London), Courtesy Galerie Francesca Pia, Zürich, © Mai-Thu Perret

Aktuelle Debatte

6 Wie kann Politik, wie können Politiker wieder Ansehen gewinnen

VON CASPAR EINEM

8 Demokratiepolitische Nebelgranaten

VON BARBARA BLAHA

12 »Ich leide wie ein Hund«

DISKUSSION MIT ANDREAS SCHIEDER,
STEPHAN SCHULMEISTER UND ELISABETH KLATZER

Schwerpunkt

Wieviel Lueger braucht Wien?

24 Lueger – und die Wiener Erinnerungskultur

VON ANDREAS MAILATH-POKORNY

30 Luegers Erbe

VON FLORIAN WENNINGER

30 Kippt Lueger!?

VON LILLY PANHOLZER

40 Die Freiheit, die sie meinen, die anderen

VON RAINER BARTEL

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Die These von der zu hohen Abgabenbelastung

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Wie kann Politik, wie können Politiker wieder Ansehen gewinnen

Politiker, die sich der Wahl stellen, sollten einigermaßen klar erkennen lassen, wofür sie stehen und was sie vorhaben. Und sie sollten bereit sein, dafür zu argumentieren und wenn nötig dafür zu kämpfen. Wenn sich ihre Richtung beim geringsten Gegenwind bereits ändert, bedarf man ihrer nicht. Wenn sich ihre Richtung beim geringsten Gegenwind bereits ändert, bedarf man ihrer nicht, so Caspar Einem.

Vorneweg: Es ist einiges geschehen in den letzten Jahrzehnten, das an der Rolle von Politikern und politischen Amtsträgern gekratzt hat. Mit dem gesellschaftlichen Aufbruch, der gemeinhin mit 1968 assoziiert wird, aber ein länger dauernder Prozess war, wurden traditionelle Autoritäten infrage gestellt. Da ging es zunächst um die Rollen in der Familie, um die Rollen der Kirche und der Verbände – Gewerkschaften und Parteien.

Dieser Prozess hat schließlich in den Neunzigern auch auf die staatlichen Institutionen übergegriffen, als die Autorität des Bundespräsidenten oder des Verfassungsgerichtshofes offen heraus gefordert wurden. Hand in Hand mit dieser Entwicklung haben sich auch die Medien verändert, sind Journalisten respektloser geworden. All diese Veränderungen im Laufe der Zeit haben es für sich genommen bereits deutlich schwerer gemacht, als Politiker Ansehen zu gewinnen.

ANBIEDERUNG

Dass es in der Wahrnehmung der Politik zu kriseln begonnen hatte, haben zahlreiche Politiker auch schon in den 1990er Jahren gespürt und haben versucht darauf zu reagieren. Da gab es einerseits plumpe Versuche der Anbiederung durch populistische Aktionen – sowohl solche, die zur höheren Ehre einzelner Protagonisten beitragen sollten, als auch defensive: wenn etwa immer wieder die Entlohnung von Politikern abgesenkt wurde, Nulllohnstunden propagiert wurden usw. ist das die Gegenseite, die zugleich das Gefühl beim beobachtenden Wahlvolk stärkt, dass die da oben nichts mehr wert sind.

Zugleich wären dieselben beobachtenden Bürger keineswegs bereit, selbst Hand anzulegen, Funktionen zu über-

nehmen. Das mag dann eine Mischung aus gefühlter Überforderung und Widerstand dagegen sein, in ein angeblich schmutziges Geschäft gedrängt zu werden.

Zuletzt hat auch die schwarz-blaue Periode 2000 bis 2006 noch eine besondere Rolle gespielt. Da war eine Partei in die Regierung gekommen, deren Weltbild u. a. darin bestand, dass die sogenannten Altparteien SPÖ und ÖVP sich jahrzehntelang am Staat bedient hätten, und dass nun sie endlich dran wäre, sich ebenfalls zu bedienen. Geschichten aus dieser Zeit begleiten uns und die Gerichte bis heute. Der inzwischen berühmt gewordene Satz »Was war meine Leistung?« steht fürs Programm.

LEGITIMATION

Nun mag der Eindruck vieler FPÖ-Anhänger, die beiden früher großen Parteien hätten sich jahrzehntelang am Staat bedient, nicht ganz aus der Luft gegriffen sein: Immerhin haben SPÖ und ÖVP seit 1945 unzählige Bereiche des Staates und der staatsnahen Wirtschaft im Proporzsystem unter einander aufgeteilt. Was nach 1945 bis zu einem gewissen Grade notwendig erschienen sein mag, um zu verhindern, dass weiterhin Nationalsozialisten führende Rollen einnahmen, hat in der Folge deutlich an Legitimation verloren. Es bleibt aber deutlich zu unterscheiden zwischen der Inbesitznahme des Staates und seiner Steuerungshebel und der unverschämten persönlichen Bereicherung am Staat und seinem Eigentum, d. h. dem Eigentum der Bürger.

Jetzt steht aber die Politik insgesamt vor diesem Hintergrund. Die Fähigkeit oder Bereitschaft zu differenzierender Bewertung ist schwach ausgeprägt – beim Wahlvolk und bei


den Journalisten, die zumindest Archive zur Unterstützung hätten, um auf dieser Basis ein differenziertes Bild zu vermitteln. Und die Politik reagiert weiter traditionell und defensiv: Nun sollen Parlamente verkleinert werden, um zu sparen – und um zugleich ernsthaftes Sparen dort, wo wirklich Geld verbrannt wird, zu vermeiden. Der Eindruck ist wieder derselbe: Die Politik ist ohnehin nichts wert, daher Reduktion im demokratisch am besten legitimierten Teil. Kurz: So geht es offenbar nicht, wenn wieder Ansehen gewonnen werden soll.

Wie dann? Zunächst: Politik, Politiker, die sich der Wahl stellen, sollten einigermaßen klar erkennen lassen, wofür sie stehen und was sie vorhaben. Und sie sollten bereit sein, dafür zu argumentieren und wenn nötig dafür zu kämpfen. Wenn sich ihre Richtung beim geringsten Gegenwind bereits ändert, bedarf man ihrer nicht. Und: Politik ist nicht zuletzt eine Führungsaufgabe. Zwar braucht es zunächst Zustimmung zu einem Konzept, dann aber geht es darum, voran zu gehen, den Weg zu finden und zu zeigen – und ihn zu erklären.

ANSEHEN

Ansehen ist überdies zu gewinnen, wenn reale Probleme der Bevölkerung gelöst werden sollen, wenn zumindest der ernsthafte Versuch dazu gemacht wird. Und Ansehen ist zu gewinnen, wenn Politiker unterschiedlicher Überzeugung, andere mit anderen Konzepten zwar kritisieren, aber respektieren. Ein Teil des mangelnden Ansehens der Politik kommt auch daher, dass offensichtlich Politiker unterschiedlicher Fraktionen einander nicht zu respektieren bereit oder in der Lage sind. Auch davon geht ein klares Signal aus: diese Partie verdiene keinen Respekt. Und da wird dann beim beobachtenden Wahlvolk nicht zwischen Parteien und Fraktionen unterschieden.

Zuletzt: Politiker und Nichtpolitiker, die sehen, wie viel Arbeit in der Wahrnehmung insbesondere von Regierungsfunktionen steckt, sollten klar und deutlich sagen, dass es bei Politik darum geht, die gemeinsamen Angelegenheit des

Volkes zu besorgen und dass das die Besten tun sollten – im wohlverstandenen Interesse des Volkes. Sie sollten daher auch ordentlich entlohnt werden. 

P.S.: Sollte ich noch dazu sagen, dass Ehrlichkeit wichtig ist? Dass keineswegs gestohlen werden darf? Dass es jedenfalls nicht erlaubt ist, sich an den Funktionen zu bereichern, die man vorübergehend einnimmt?

CASPAR EINEM
ist Chefredakteur der Zukunft.

Demokratiepolitische Nebelgranaten

Mit dem Vertrauen in die Politik ist es nicht weit her: Regelmäßig veröffentlichte Umfragen belegen, dass viele WählerInnen politischen Institutionen gar nicht oder kaum noch trauen. Die Vertrauenswerte des Politpersonals lassen noch tiefer blicken: Die Mehrheit begegnet auch den gewählten VolksvertreterInnen mit Misstrauen.¹ Auch im Windschatten katastrophaler Umfrage-Werte rückt nun die Suche nach Gegenstrategien zur Stärkung der Demokratie in den Mittelpunkt: Auf Ursachenforschung werde bei der Frage, wie die Politik wieder zu mehr Ansehen komme, weitgehend verzichtet, kritisiert Barbara Blaha. Man belasse es bei der Symptombekämpfung – und PR-Gags.

In jüngster Zeit überschlagen sich Regierungs- und Oppositionsparteien mit Vorschlägen für einen Ausbau der direktdemokratischen Instrumente. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass es soweit nicht her ist mit der Liebe zur Demokratie: Noch im Juni 2007 wurde handstreichartig die Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre beschlossen, als eine der ersten Maßnahmen der Regierung Gusenbauer. Im vorangegangenen Wahlkampf war die Änderung des Wahlrechts mit keiner Silbe erwähnt worden. Ganz offen wurde in die verhaltene öffentliche Diskussion das Argument der Arbeitsfähigkeit der Regierung eingebracht. Ständiges Wahlkämpfen und das ausdauernde Schielen auf die WählerInnengunst würden unpopuläre politische Maßnahmen verunmöglichen.

DEMOKRATIE ALS STÖRFALL

In eine ähnliche Kerbe schlägt Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, wenn sie dieser Tage für einen »Super«wahlsonntag plädiert: Möglichst alle Landtags-, Gemeinderats- und BürgermeisterInnenwahlen sollen an einem Wahltag stattfinden. Denn auch hier gilt: Wahlen stören den Arbeitsalltag der Regierenden. Oder in ihren Worten: »Die vielen Wahltermine behindern die politische Arbeit.«² Dass sich die Bundesregierung von Wahltaktik durchaus leiten lässt, stellte sie im Winter letzten Jahres eindrucksvoll unter Beweis: Die Landtagswahlen in Wien und in der Steiermark verzögerten die Vorlage des Budgets an den Nationalrat beträchtlich. Keine Wählerin, kein Wähler sollte ob der herandräuenden Sparmaßnahmen auf Bundesebene im Land verprellt werden, der Verfassungsbruch der Regierung wurde von den Abgeordneten des Nationalrats in Kauf genommen.

Es hat einen seltsamen Beigeschmack, wenn gerade jenen, die in den letzten Jahrzehnten eine noch stärkere Verengung der innerparteilichen politischen Entscheidungsprozesse auf eine Handvoll MinisterInnen, Landeshauptleute und Partei-Geschäftsführer eingeleitet haben, auf einmal die Weisheit der vielen ein Anliegen ist. Auf das inhaltliche Potenzial von abertausenden Mitgliedern, ehrenamtlichen FunktionärInnen und engagierten MitarbeiterInnen wurde in der Vergangenheit verzichtet, statt die demokratischen Strukturen auszubauen, weiterzuentwickeln und anzupassen, wurden sie trockengelegt. Ebenso ausgehöhlt stellen sich die parlamentarischen Klubs dar: jenes diffuse Gefühl der politischen Leere speist sich auch aus der Absenz der Abgeordneten aus der politischen Arena.

Dass die Diskreditierung der repräsentativen Demokratie von ihrem eigenen Personal ausgeht, darf dabei nicht verwundern: Selbst das Klischee des zu gut verdienenden, unterbeschäftigten Politikers wird bedient. Am liebsten scheint man sich seitens der Regierung so wenige ParlamentarierInnen mit so wenig Geld und so geringen Entscheidungskompetenzen wie möglich wünschen zu wollen. Dass der konzertierte Aufschrei der betroffenen Abgeordneten ausblieb, zeigt einmal mehr, dass Parlamentarismus in Österreich offenbar unterentwickelt ist.

MITBESTIMMUNG ALS BESCHÄFTIGUNGSTHERAPIE

Die Idee, demokratische Mitbestimmung als PR-Maßnahme einzusetzen und dementsprechend zu verkaufen, ist nicht neu. Bundeskanzler Faymann tönte im missglückten Brief an die

1. Vgl. dazu www.ogm.at/BundespolitikerInnen_Februar12
2. Prammer will vorgezogene Neuwahlen abschaffen. In: <http://derstandard.at/1293369567895/Nationalratspraesidentin-Prammer-will-vorgezogene-Neuwahlen-abschaffen> (abgerufen am 12.7.2012)


Kronen Zeitung im Juni 2008 noch: »(...) sind wir der Meinung, dass zukünftige Vertragsänderungen, die die österreichischen Interessen berühren, durch eine Volksabstimmung in Österreich entschieden werden sollen.« Bei tatsächlich relevanten politischen Fragen sieht das alles schon wieder ganz anders aus: Der Fiskalpakt und einen maßgeblichen Eingriff in das Haushaltsrecht darstellt – und damit zweifelsohne österreichische Interessen berührt – soll zur Volksabstimmung nicht vorgelegt werden.

Vizekanzler Spindelegger erklärt zumindest von vornherein, dass tatsächlich bedeutende politische Fragen selbst bei einem Ausbau der direktdemokratischen Instrumente explizit ausgeklammert würden. So ist beispielsweise ein Volksbegehren, das die Forderung nach Vermögenssteuern beinhaltet, als »Eingriff in Eigentumsrechte« zu verstehen, und daher – nach seinen Vorstellungen von direkter Demokratie – nicht zuzulassen.

Direktdemokratische Instrumente werden von den Regierenden selbst kaum ernst genommen. Tatsächlich relevante Entscheidungen fallen weiterhin anderswo. Wenn doch einmal Grundsätzliches entschieden werden könnte, dann ist das Motiv dahinter selten der Respekt vor dem Souverän. Vielmehr ist es Koalitionstaktik, die den Koalitionspartner in Erklärungsnot bringt und den man im Spielchen »Wer ist hier der bessere Demokrat« bestmöglich überdribbelt.

So löste Verteidigungsminister Norbert Darabos den gordischen Knoten rund um die umstrittene Abschaffung der Wehrpflicht nach monatelangem Ringen vermeintlich elegant: Das Volk solle befragt werden. Der Koalitionspartner ging gleich noch einen Schritt weiter, gleich eine Volksabstimmung müsse Licht ins Dunkel dieser politischen Auseinandersetzung bringen. Liegt hingegen nicht tagespolitisches Kleingeld der Liebe zur direkten Demokratie zugrunde, dann doch die Idee, dank Volksbegehren und Co möglichst breite Teile der Bevölkerung vor den eigenen PR-Wagen spannen zu können.

Dabei bleibt eines klar: Selbst mit ausgebauten direktdemokratischen Elementen, über deren Sinn man trefflich streiten kann, braucht eine funktionierende Demokratie immer noch politisches Personal, das über einen inhaltlichen Kompass verfügt und in der Lage und willens ist, diesen auch zu erläutern, dafür zu streiten, und letztlich auch umzusetzen. Das schließt auch mit ein, dass sich Parlamentsabgeordnete (mit dem vollen Selbstbewusstsein des/der VolksvertreterIn) inhaltlich wieder stärker zu engagieren und politische Entscheidungen nicht ministeriellen Arbeitsgruppen oder ausgewählten Experten überlassen – auch wenn letzteres verlockend, weil in der medialen Vermittlung so viel einfacher erscheint. Schließlich bedeutet es einmal getroffene Entscheidungen auf die eigene Kappe zu nehmen, und sich nicht hinter vermeintlichen Sachzwängen (»Die EU hat beschlossen«, »absolute Mehrheit haben wir halt keine«) zu verstecken. Strenge Korruptionsbestimmungen sind notwendig – aber kein Ersatz für das simple Wissen darüber, wo das politische Amt endet und die eigene Geldbörse beginnt.

Und schließlich gilt: Mangelnde politische Kultur und demokratische Reife sind in der repräsentativen Demokratie ein Problem, sie sind es aber umso mehr in einem direkteren System. Wer in der repräsentativen Demokratie Minderheitenrechte nicht respektiert, wird sie auch in angeregten Volksentscheiden nicht respektieren. Wer jetzt nur in Fünfpunkteprogrammen denkt, dem wird die ausführliche und detailreiche Auseinandersetzung vor Plebisziten vielleicht auch nicht zuzutrauen sein. Und wer wie beim Budget aus Wahlkampfalkül auf die Einhaltung der Verfassung verzichtet, wird Mittel finden, auch im Zusammenspiel von Regierung, Parlament und zukünftigen Volksbefragungen nicht zu allererst die Demokratie im Blick zu haben. 

BARBARA BLAHA

ist politische Leiterin des Momentum-Kongresses, der seit 2008 als Schnittstelle zwischen fortschrittlicher Politik und Wissenschaft jährlich in Hallstatt stattfindet.



REFLECTING

FASHION

Reflecting Fashion
Kunst und Mode seit der Moderne

Die wechselseitige Annäherung von Kunst und Mode erfuhr bereits vor über 100 Jahren einen Höhepunkt. Heute sind beide Disziplinen zu einem angesagten Crossover verschmolzen und Ausdruck eines neuen kreativen Lebensstils. Die große Sommerausstellung im mumok begibt sich auf historische Spurensuche und stellt die vielfältigen Verflechtungen von Kunst und Mode von der Moderne bis zur Gegenwart beispielhaft vor. Reflecting Fashion vereint über 300 Gemälde, Zeichnungen, Skizzen, Textilien, Videos und Fotografien von bedeutenden Künstlerpersönlichkeiten wie Giacomo Balla, Sonia Delaunay, Joseph Beuys, Andy Warhol, Yayoi Kusama, Cindy Sherman, Stephen Willats und vielen anderen. Die Leihgaben stammen aus über 70 international renommierten Institutionen und Privatsammlungen.

museum moderner kunst

Museumsplatz 1 | 1070 Wien | Bis 23. September 2012 | www.mumok.at



»Ich leide wie ein Hund«

Ist der Fiskalpakt Teil eines Puzzles, dessen Wachstumselemente jetzt folgen? Oder vielmehr der sichere Weg in die Depression und zu Demokratieabbau? Darüber waren sich Andreas Schieder, Stephan Schulmeister und Elisabeth Klatzer auch am Ende ihres Diskussionsgesprächs nicht einig. Im Rahmen von »BSA Kontrovers« debattierten sie zwei Stunden über historische Momente, historische Chancen und historische Fehler.

ZUKUNFT: Herr Dr. Schulmeister, Sie haben Ende Mai in der Frankfurter Rundschau an die SPD appelliert, dem Fiskalpakt im deutschen Bundestag nicht zuzustimmen, weil dieser der wirtschaftspolitischen Konzeption Milton Friedmans folge und die Komplettierung eines neoliberalen Projekts in Europa ermögliche. Das ist ja ein recht harter Vorwurf. Was stört Sie denn daran, wenn Angela Merkel davon spricht, »die Verschuldungspolitik der letzten Jahre zu beenden«?

SCHULMEISTER: Das Ziel halte ich an sich für völlig richtig und das ist ja auch das Dilemma der SPD und auch das der Sozialdemokratie in Österreich: In der allgemeinen Meinung sagt man, dass es mit der Staatsverschuldung so nicht weitergehen kann. Das große Problem ergibt sich aber mit der Methode, mit der man versucht, die Staatsverschuldung zu reduzieren. Frau Merkel bemüht sehr gerne den Vergleich zwischen Staatsbudgets und der »schwäbischen Hausfrau«. Immer wenn im privaten Haushalt das Haushaltseinkommen sinkt und ein Defizit macht, senkt die Hausfrau auch die Ausgaben.

Und so solle es auch der Staat machen. Nach dieser Leitlinie haben tatsächlich auch die Staaten reagiert, als sich 1930/31 im Gefolge der Weltwirtschaftskrise die Haushaltsdefizite erhöht haben. Sie haben mit einer Sparpolitik reagiert und das hat erste recht in die Depression geführt. Man muss zwei Dinge sehen: Staatsdefizite waren in den letzten Jahrzehnten fast immer das Ergebnis von Rezessionen, also von Instabilitäten des ökonomischen Systems, nicht umgekehrt. Dazu kommt, dass der Zinssatz seit 30 Jahren über der Wachstumsrate der Wirtschaft liegt. Man muss kein Ökonom sein, um das damit

verbundene Problem eines Schuldners zu erkennen. Die Diagnose des ganzen Fiskalpakt ist daher grundlegend falsch. Die Philosophie ist: »Der Schuldner ist schuld« und »Wenn wir ihn an die Kandare nehmen, dann wird's wieder gut.« Das ist unglaublich einfältig, aber sicher medientauglich, das ist mir schon klar. Jedoch sehen wir in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien: Je härter der Sparkurs, desto tiefer die Rezession. Wenn das jetzt mit dem Fiskalpakt generalisiert wird, dann endet das in einer Depression. Das System findet von selbst nicht mehr aus dem schwarzen Loch heraus, es bräuchte Hilfe von außen, das müsste der Staat machen – und genau das wird ihm durch den Fiskalpakt verboten.

Man muss daher einen Ausweg finden und ich denke, dass dabei auch die sozialdemokratischen Regierungschefs sich darauf berufen könnten, dass sie von den Ökonomen nicht korrekt informiert wurden. Das stimmt auch tatsächlich. Wie nämlich das so genannte »strukturelle Defizit«, das durch den Fiskalpakt mit maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden soll, konkret geschätzt wird, welche unglaubliche Macht die »Experten« dabei haben, wie ungenau das ist, das haben Merkel und Faymann nicht verstanden und das können sie auch nicht verstanden haben. Das ist nämlich auch tatsächlich äußerst schwer verständlich.

Ein Beispiel: Die Europäische Kommission schätzte vergangenen Herbst, dass die Output-Lücke in Griechenland acht Prozent beträgt. Output-Lücke ist die Differenz zwischen tatsächlicher Produktion und dem sogenannten Potenzial-Output, also dem Produktionsniveau bei Vollbeschäftigung. Je größer diese Output-Lücke ist, desto größer darf auch das

Staatsdefizit sein, ohne als »strukturell« zu gelten. Die Kommission tendiert nun dazu, diese Output-Lücke niedrig zu schätzen, nämlich besagte acht Prozent. Die OECD, die ja weiß Gott keine keynesianisch orientierte Einrichtung ist, schätzt die Output-Lücke auf 18 Prozent. Die Europäische Kommission sagt, Griechenland habe ein strukturelles Defizit von drei Prozent. Die OECD sagt, Griechenland habe einen strukturellen Überschuss von zweieinhalb Prozent. Ja bitte, was soll das? Das bedeutet de facto, dass politische Macht auf Experten der Institutionen übergeht und wir darauf angewiesen sind, wie die Wissenschaft rechnet.

Ich bin mir eigentlich sehr sicher, dass das unser Herr Bundeskanzler und die anderen Regierungschefs nicht verstanden haben. Und daher sollten sie jetzt auch sagen: »Leute überlegen wir uns das nochmal.« Die Zeit arbeitet derzeit gegen den Fiskalpakt, denn wenn Europa in breiter Front in die Rezession rutscht, dann kann man nicht immer weiter sparen. Es sagen uns ja selbst die konservativen Ökonomen aus Amerika, dass das, was wir in Europa derzeit machen, ein Wahnsinn ist und wir lieber die Geschichte der 1930er Jahre nachlernen sollten.

ZUKUNFT: Genosse Schieder, im angesprochenen Beitrag von Stephan Schulmeister meint er auch, dass die Folgen des Fiskalpakts schlimmer sein werden als Hartz IV, das Synonym für den Abbau von Sozialstaatlichkeit in Deutschland. Du selbst hast im letzten Herbst auf den Vorschlag der öVP für eine nationale Schuldenbremse mit der Aussage reagiert »Dann ist der Staat tot«. Was ist seither geschehen, dass du den Fiskalpakt für notwendig hältst und dass du seine Ratifizierung unterstützt?

SCHIEDER: Ich meine, man darf nicht nur die Überschrift betrachten, sondern muss den Inhalt sehen. Das, was die öVP-Finanzministerin seinerzeit vorgeschlagen hat, das wäre eine Schlinge gewesen, aus der der Staat nicht mehr herausgekommen wäre. Es hätte ein Gegensteuern in der Krise verhindert und uns verpflichtet, vor allem durch Einsparungen das

Defizit abzubauen und hätte zusätzliche Einnahmen nicht in dem Maße zugelassen. Ich bin aber der Meinung, dass man auch bei einem Bekenntnis zum Defizitabbau akzeptieren muss, dass es Phasen gibt, in denen das Defizit steigt, in denen man gegensteuern muss. Das ist der essentielle Unterschied zu dem, was letztlich als österreichische Schuldenbremse beschlossen wurde: Dass man nämlich in der Krise gegensteuern kann ...

SCHULMEISTER (schüttelt den Kopf): Nein ...

SCHIEDER: Tut mir leid, das stimmt. Und ich möchte da gleich noch eines sagen: Natürlich hat der Herr Bundeskanzler genau gewusst, was da beschlossen wird. Es ist nicht richtig, immer zu sagen: »Niemand hat gewusst, worum es geht, nur der Schulmeister.« Ich finde, ökonomisch gesehen, ist das Abstellen auf das strukturelle Defizit an sich ein richtiges Konzept. Es bedeutet nämlich, dass die Konjunkturreffekte herausgerechnet werden. Es bleibt also erlaubt, dass das Defizit steigt, wenn es bergab geht in der Krise: Weil man Ausgaben tätigt für Beschäftigungsprogramme, weniger Einnahmen erzielt und höhere soziale Kosten hat.

SCHULMEISTER: Ja, das sind die automatischen Stabilisatoren, das ist klar, aber Krisenbekämpfung ist ja mehr.

SCHIEDER: Bei Ausnahmesituationen ist ein größeres Defizit zulässig, das steht ausdrücklich in der Schuldenbremse.

SCHULMEISTER: Mit einer wichtigen Einschränkung!

SCHIEDER: Ich finde die Bezugnahme auf das strukturelle Defizit also an sich richtig. Ich verstehe allerdings die Kritik, dass diese Berechnungsgröße Schwächen hat. Der Potenzial-Output muss oft nachträglich korrigiert werden, das strukturelle Defizit kann daher oft erst ex post genau festgestellt werden. Auch bei den Maastricht-Kriterien hat es jahrelang gedauert, bis klar war, was Maastricht-konform ist und was nicht und

nun droht hier eine neue Unsicherheit. Dennoch ist klar, dass hier die Berechnungsmethode der Kommission verwendet wird, nicht die der OECD und hier gibt es bereits jahrelange Erfahrungen. Das System hat also Schwächen, aber es ist nicht zu verteufeln.

Ich glaube, es geht um zwei Fragen, nämlich erstens, ob wir ein ausgeglichenes Budget anstreben sollen und zweitens wie wir das tun: Das erste ist klar zu bejahen, weil es Unabhängigkeit von den Finanzmärkten schafft, Spielräume eröffnet und aus einer Reihe von anderen Gründen. Wir haben in der Koalition auch lange darum gerungen, das so zu machen, dass die Konjunktur keinen Schaden nimmt, dass die Konsolidierung wachstumsneutral ist. Natürlich ist es nicht ganz das, was wir uns gewünscht haben, aber wir haben uns auch bemüht, neue Einnahmen zu erschließen, etwa durch die Besteuerung von Spekulationsgewinnen aus Immobilien, aber auch die anderen Fortschritte, die wir erreicht haben, nachdem jahrzehntlang davor nur dereguliert und rückgebaut wurde. Ich will da nur die Bankenabgabe, den Solidarbeitrag für Besserverdiener, oder die Begrenzung der Stock Options nennt. Natürlich bleibt da in puncto Erbschaftssteuer und Vermögenssteuern noch einiges zu tun.

Der Fiskalpakt ist im Grunde eine Weiterentwicklung der Maastricht-Kriterien und auch zugegebenermaßen eine Verschärfung, etwa mit der Regelung zum Abbau des Schuldenstands. Ich glaube aber nicht nur, dass der Fiskalpakt ratifizierbar ist, ich glaube auch, dass er nur ein Teil des Puzzles ist. Der andere Teil ist die Wachstumsdimension. Der Fiskalpakt ermöglicht, über andere Dinge zu reden, die ich für wichtig halte, etwa über die Euro-Bonds. Denn man muss ja sehen, dass die Fiskalunion unter einem Vertrauensverlust leidet und hier durch Regeln Transparenz geschaffen wird, die dann die Grundlage für Euro-Bonds etc. sein kann. Letztlich sind wir uns ja einig darin, dass Schuldenabbau nur über Wachstum funktionieren kann. Die Dynamik, die die Wahlen in Frankreich in dieses Thema gebracht hat ist daher ganz wichtig.

ZUKUNFT: Frau Klatzer, ATTAC spricht ja auch sehr aktiv das Thema Demokratie im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt an. Sie selbst haben zuletzt in der ZUKUNFT von einem »demokratiepolitischen Desaster« geschrieben. Um es zuzuspitzen: Wo ist das Desaster, wenn sich die Politik an Regeln halten muss?

KLATZER: Man muss sehen, dass der Fiskalpakt eine echte Weichenstellung, ja ein Jahrhundertprojekt ist. Wenn er unter Dach und Fach ist, werden die Konservativen jubilierten. Umso unverständlicher ist mir, warum von sozialdemokratischer Seite Schützenhilfe für dieses konservative Projekt geleistet wird. Der Fiskalpakt bedeutet, dass unabhängig davon, wer eine Wahl gewinnt, welche Regierung auch kommt, die Handschrift der Budgetpolitik immer die gleiche bleiben wird. Das Ziel dieses Fiskalpakts ist, die Budgetpolitik so einzuengen, dass keine politischen Gestaltungsspielräume offen bleiben. Das ist der Kern des konservativen Projekts.

Ich verstehe offen gesagt auch nicht, warum immer gesagt wird, dass wir Regeln bräuchten, um Vertrauen herzustellen. Wir haben diese Regeln ja. Erst letzten November ist die letzte Verschärfung des Stabilitätspakts, die European Economic Governance, beschlossen worden, die auch kritisch zu diskutieren ist, die aber jedenfalls bereits sehr strenge Budgetregeln beinhaltet. Die neue Dimension des Fiskalpakts ist die völlige budgetpolitische Entmachtung der Politik. Das ist mir deshalb so wichtig, weil wir ja alle wissen, dass Budgets mit gesellschaftspolitischer Gestaltungsmacht verbunden sind.

Und nun soll die Politik in ein enges Korsett gesteckt werden, sodass kein Spielraum mehr bleibt. Beispiel dafür sind die sogenannten automatischen Korrekturmechanismen, die wirksam werden sollen, wenn ein Staat das Nulldefizit verfehlt. Das Problem ist, dass man nicht einmal sagen kann, wie die aussehen werden. Die Staats- und Regierungschefs haben nämlich die Kommission ermächtigt, diese im Detail festzulegen. Vielleicht weiß der Herr Staatssekretär da Näheres aus

den derzeit laufenden Geheimverhandlungen. Aber was kann es heißen? Wenn Defizitziele verfehlt werden, dann müssen automatisch Steuern erhöht oder Ausgaben gekürzt werden. Das greift auch in unser Budgetrecht massiv ein. Im Ergebnis kann das dann z.B. heißen, dass die Mehrwertsteuer erhöht wird.

SCHIEDER: Genau das haben wir jetzt nicht gemacht, das hat die Sozialdemokratie verhindert!

KLATZER: Aber genau da liegt ja das Problem, dass das dann künftig nicht mehr von der österreichische Regierung bestimmt wird. Es wird eine »unabhängige«, nationale Überwachungsbehörde eingesetzt, die Budgetmaßnahmen kontrolliert. Der Fiskalpakt sagt wenig über die automatischen Anpassungen und auch wenig über die unabhängige Behörde, auch da wurde es der Kommission überlassen, die »Grundsätze« zu definieren. Was bis jetzt aus den Verhandlungen durchsickert ist aber, dass die Regierungen verpflichtet werden sollen, die Empfehlungen der Überwachungsbehörde nachzuvollziehen. Wer wird denn in so einer Behörde sitzen? Das werden Ökonomen wie Bernhard Felderer oder sein Nachfolger am IHS sein, über deren wirtschaftspolitische Ansichten ich mir keine Illusionen mache. Also Sozialpartnerschaft wird's da keine mehr geben. Budgetpolitik machen künftig als »Weisenrat« bezeichnete neoliberale Ideologen, die der Regierung Anweisungen geben.

Was ich für ebenso ungeheuerlich halte: Der Fiskalpakt legt fest, dass jedes Land, gegen das ein Defizitverfahren läuft – und das sind nach der Wirtschaftskrise alle bis auf ein paar wenige, auch gegen Österreich läuft so ein Verfahren – seine Budgetpläne der Kommission und dem Rat zur Genehmigung vorlegen muss. Beim nächsten Sparpaket entscheidet dann die Kommission, ob Vermögenssteuern erlaubt sind oder nicht. Das ist eine demokratiepolitische Selbstaufgabe. Und da muss man denke ich doch aus der sozialdemokratischen Perspektive diskutieren: Wollen wir das so? Nach einer neoliberal

geprägten »unabhängigen« Geldpolitik über die Europäische Zentralbank das gleiche in der Fiskalpolitik?

Ich halte es für einen Irrglauben, dass man an diesem Pakt irgendetwas reparieren kann, dass eine Neuverhandlung uns da weiterbringt ...

SCHIEDER: Da dürfen Sie mich nicht anschauen, ich spreche ja nicht davon ...

KLATZER: ... aber das Argument kommt manchmal und da meine ich, dass an diesem Pakt nichts zu retten ist, er muss weg. Der Pakt führt geradewegs in die Depression. Da hilft auch keine Wachstumsinitiative auf europäischer Ebene, die erstens mit 60 Milliarden ohnehin zu klein wäre, um europaweit wirksam zu sein und wo es dann vor allem um Großprojekte geht, über deren Sinnhaftigkeit man sich auch einmal unterhalten müsste. Wenn es einen Pakt braucht, dann einen Steuerpakt, der den Steuerwettbewerb verhindert oder eine Finanztransaktionssteuer bringt.

ZUKUNFT: Herr Schulmeister, wie sehen Sie die Statements Ihrer VorrednerInnen – kann man mit dem Fiskalpakt nun in der Krise gegensteuern bzw. kann er mit einer Wachstumsinitiative sinnvoll ergänzt und sozial verträglich gestaltet werden?

SCHULMEISTER: Ich glaube nicht, dass man das kann. Der Fiskalpakt ist Teil einer gesellschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Entwicklung der letzten 40 Jahre. Sie wird mit diesem Pakt zu einem Abschluss kommen, so wie der Finanzkapitalismus der 1920er Jahre mit der Sparpolitik der 1930er-Jahre zu einem Abschluss kam, einem etwas unerfreulichen Abschluss, wie ich finde. Was meine ich damit?

Nach 40 Jahren harter Arbeit von WirtschaftswissenschaftlerInnen hat sich eine Navigationskarte durchgesetzt: Der Markt hat Recht, der Staat hat Unrecht. Alle Märkte, besonders die Finanzmärkte, müssen befreit werden, die Politik

muss hingegen an Regeln gebunden werden. Die Hauptangriffspunkte der *Chicago School of Economics* Ende der 1960er Jahre waren ja: Befreiung der Finanzmärkte, Regelbindung der Politik und Verzicht auf eine Vollbeschäftigungspolitik, da eine »natürliche Arbeitslosigkeit« akzeptiert werden müsse, weil sonst die Inflation angeheizt würde. Deshalb habe ich es auch nicht überheblich gemeint, wenn ich gesagt habe, dass die Regierungschefs es nicht verstanden haben. Ich bin überzeugt, dass sie nicht gewusst haben, dass dem Fiskalpakt das Konzept der »natürlichen Arbeitslosenrate« zugrunde liegt.

Genau so wird doch das strukturelle Defizit errechnet: Nehmen wir das Beispiel Spanien. Die Kommission geht davon aus, dass die natürliche Arbeitslosenquote in Spanien bei 21 Prozent (!) liegt. Man könne also keine Beschäftigungspolitik machen, die die Arbeitslosenquote unter 21 Prozent drückt. Wenn man so rechnet, dann kommt man auch zum Ergebnis, dass die Output-Lücke bei vier Prozent ist, dass das Defizit überwiegend strukturell ist, und dass Spanien sparen muss. Wenn man mit offenen Augen die Vorgänge betrachtet, muss man aber doch sehen, dass die Entwicklung umso verheerender ist, je mehr gespart wurde.

Bei allen verheerenden Fehlern der griechischen Wirtschaft, der Korruption und allem anderen sind die bis 2008 ganz gut durchgekommen. Die Katastrophe beginnt 2008 mit dieser ans Groteske grenzenden Sparpolitik. Das geht jetzt weiter über Portugal, Spanien bis Italien. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Kollektivierung des Spargedankens in Europa Wachstum ermöglicht, ist Null. Da helfen dann auch Euro-Bonds nicht, weil die Navigationskarte eben falsch ist.

Ich habe mir das genau angeschaut: Wann immer in den letzten Jahren ein neues Sparpaket angekündigt wurde, sind die Zinsen gestiegen, nicht gesunken. Die Grundannahme, dass man sich das Wohlwollen der Märkte holen kann, indem man brav spart, ist empirisch falsch. Es ist wirklich einfach falsch. Ich leide wie ein Hund. Ich bin ja auch wahrlich nicht

der einzige Ökonom, der das sagt, es ist ja offensichtlich. Die größte Schwierigkeit für politische Mächtige ist, glaube ich, zu sagen »Da ist etwas falsch gelaufen«. Es ist auch wirklich schwierig. Aber es ist immer noch besser als zu sagen: »Naja, jetzt hat unser Parteivorsitzender schon unterschrieben, jetzt müssen wir damit durch.«

Das ist ein furchtbarer Fehler, der auch der Sozialdemokratie sehr schaden wird, denn sie wird sich fragen lassen müssen: »Warum habt ihr unseren Sozialstaat in dieser sensiblen Situation nicht verteidigt?« Es gibt einfach fatale Fehler, wie Hartz IV oder die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten, um historisch ganz weit auszuholen. Das sind Dinge, die oft Jahrzehnte später noch schaden – und um so eine Sache geht es da. Der Fiskalpakt mag gut gemeint sein, aber es ist eine ganz schlimme Fehlentscheidung!

ZUKUNFT: Genosse Schieder, da wurden jetzt zwei zentrale Fragen angesprochen. Die demokratiepolitische Frage, ob wir unsere Budgethoheit an Vorgaben der Kommission und Weisenräte abtreten und wie eine Wachstumspolitik in einem Umfeld aussehen soll, in dem alle Staaten gleichzeitig ihre Haushalte konsolidieren. Wie soll das funktionieren?

SCHIEDER: Um mit der zweiten Frage zu beginnen: Es ist wirklich in Frage zu stellen, ob alle Staaten gleichzeitig und mit derselben Frist konsolidieren sollen. Spanien hat schon einmal seine Zielvorgaben um ein Jahr verschoben bekommen und das ist auch richtig so, weil sonst der Konjunkturreffekt so stark wäre, dass es für das Defizit nichts bringt. Natürlich kann man nicht alles über einen Kamm scheren.

Für Österreich muss man ganz klar sagen: Wir werden kein weiteres Sparpaket brauchen, weil unser Konsolidierungsprogramm bis 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorsieht und die dazugehörigen Maßnahmen greifen. Österreich wird auch kein Problem mit der Zwanzigstel-Regel haben, die Staaten verpflichtet, ihren Schuldenstand binnen 20 Jahre auf 60 Pro-

zent des BIP zu reduzieren. Natürlich ist das für Italien, die 120 Prozent Verschuldung haben selbst mit Wachstum sehr schwer und wäre ein asynchroner Weg sicher überlegenswert.

Ich will aber auch klar sagen: Der Fiskalpakt ist ja an sich nichts Neues, Frau Klatzer hat ja bereits angesprochen, dass ihm der Six-Pack und der Two-Pack zugrunde liegen. Die Schuldenbremse erlaubt, bei außergewöhnlichen Notsituationen auch weiterhin ein Gegensteuern durch Defizit ...

SCHULMEISTER: Die Einschränkung lautet wörtlich »nur, wenn die vorübergehende Abweichung die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen nicht gefährdet.« Und das bestimmen dann halt wieder die Beamten der Kommission. So einfach ist das nicht.

SCHIEDER: Also zum strukturellen Defizit wollte ich noch sagen: Dass da in die Berechnungsformel der Kommission 21 Prozent Arbeitslosigkeit eingeflossen ist, wäre mir neu, schau ich mir aber gerne nochmal an. Zum Korrekturmechanismus: Erstens brauchen wir da keine Änderung beim Budgetrecht, zweitens ist eine Beamtenrunde, die verhandelt, eine Beamtenrunde, die verhandelt und keine Geheimverhandlung. Zur Frage des unabhängigen Kontrollorgans kann man sagen, dass in diesen Fragen so wie bisher das WIFO die beauftragte Institution sein wird, nicht das IHS und auch sonst niemand.

Schließlich wurde das Thema angesprochen, ob der Fiskalpakt noch veränderbar ist. Dazu möchte ich schon sagen, dass nicht einmal Hollande von einer Änderung gesprochen hat ...

ZUKUNFT: Er hat in seinem Wahlprogramm erklärt, er wolle den Pakt neu verhandeln.

SCHIEDER: Also ich habe mit seinen Beratern gesprochen, ich habe letzte Woche mit dem Premierminister und mehreren Regierungsmitgliedern geredet. Das große Thema ist der Wachstumspakt, das ist das Thema für die Zukunft. Und

das steht nicht im Widerspruch zum Fiskalpakt. Man kann natürlich beim Fiskalpakt über die Stufen und Fristen diskutieren und sicher wäre er bei anderen politischen Mehrheiten weicher gewesen und hätte andere Fristen gehabt, aber das Ziel der ausgeglichenen Haushalte steht an sich nicht im Widerspruch zum Sozialstaat. Ich bekenne mich auch zu Großprojekten in die Infrastruktur. Ich glaube aber auch, dass ein Betrag von 60 Milliarden viel zu niedrig ist, aber da stehen allein über die EU-Budgets und erst recht mit Projekt-Bonds und anderen Maßnahmen wesentlich größere Summen zur Diskussion.

ZUKUNFT: Frau Klatzer – überzeugen Sie diese Argumente?

KLATZER: Ich frage mich zunächst, warum wir den Pakt denn bräuchten, wenn gar nichts Neues drinnen stünde. Die Schuldenregeln sind da, deshalb meine ich, darum geht es den Konservativen nicht. Es geht ihnen darum, die Gestaltung aus den Händen der Politik zu nehmen und den »Experten« zu übertragen. Und das ist ein Wahnsinn, selbst wenn man hofft, dass das WIFO vernünftiger ist.

SCHIEDER: Wir beauftragen das WIFO einzig und alleine deshalb, weil das WIFO immer beauftragt ist, wenn es um die Budgetprognose geht. Da geht's auch nicht um eine Maßregelung der Politik, sondern um eine unabhängige Budgetprognose.

KLATZER: Auch für eine Prognose braucht es keinen Fiskalpakt: Wenn nichts Neues drinnen wäre, beschließen wir ihn doch einfach nicht. Aber es ist eben sehr wohl etwas Neues enthalten, nämlich die Entmachtung der Politik.

Ich halte es für ökonomisch absurd, auf nationaler Ebene jede Wachstumssteuerung zu verunmöglichen, und dann mit ein paar Initiativen auf europäischer Ebene das ausgleichen zu wollen. Die Unterschiedlichkeit der nationalen Volkswirtschaften erfordert auch eine nationale Steuerung, selbstverständlich mit solidarischen Ausgleichsmechanismen. Der Fis-

kalpakt ist übrigens auch keine Erweiterung des EU-Rechts, er steht außerhalb des EU-Rechts. Er ist ein Völkerrechtsvertrag ohne Kündigungsrecht, er ist nur auflösbar, wenn alle Staaten damit einverstanden sind. Wir kommen da einseitig nicht mehr raus.

Und ich sage nochmal: Wenn man einen Pakt will, dann muss man die Ursachen der Krise bekämpfen und nicht ihre Symptome. Das würde bedeuten, die Finanztransaktionssteuer einzuführen, etwas gegen die Ungleichheit zwischen den Staaten, aber auch innerhalb der Staaten zu unternehmen, der Entwicklung entgegenzutreten, dass sich die Staaten arm sparen, während wenige Private immer reicher werden.

Dieser Fiskalpakt ist wirtschaftlich, sozial und ökonomisch ein Wahnsinn und ich fürchte, es werden noch eine Reihe von Sparpaketen folgen, über die alle in letzter Instanz die Europäische Kommission entscheiden wird. Deren Maßstäbe sollte man sich schon vor Augen halten. In ihren letzten Empfehlungen, die sie ja jetzt regelmäßig abgibt, hat sie zur Lage des österreichischen Arbeitsmarkts gemeint: eigentlich kein Problem. Wir haben derzeit 300.000 Arbeitslose, das ist einer der höchsten Werte der Zweiten Republik. Die Kommission stört sich daran nicht, die will dann keine Beschäftigungsprogramme, die will lieber ein höheres Pensionsantrittsalter. Dieser Art von Politik liefern wir uns mit dem Fiskalpakt noch stärker aus.

Aus Platzgründen ist es leider nicht möglich, alle zehn Wortmeldungen und die rund zwanzig im Rahmen der Publikumsdiskussion gestellten Fragen wörtlich wiederzugeben. Zu den am intensivsten diskutierten Fragestellungen zählten die Notwendigkeit und Zielrichtung von Wirtschaftswachstum, fehlendes sozialdemokratisches Profil, die Frage nach Unterschieden der Krisenbekämpfung in den USA und Europa, die fehlenden Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung, die Finanztransaktionssteuer und die Entkoppelung der Defizitfinanzierung von den Finanzmärkten.

SCHIEDER: Ich meine, man muss bei der Frage der Finanzmarktregulierung genauer hinsehen. Da ist weder alles gelungen, noch ist gar nichts weitergegangen. Einiges ist passiert: eine europäische Bankenaufsicht, Regulierungen für Hedge-Fonds-Manager, Vorschläge zur Regulierung der Rating-Agenturen. Viel fehlt noch: Ein Banken-Insolvenzrecht, europaweite Einlagensicherung, Regulierungen von Finanzprodukten, da muss man sicher tiefer in die Debatte gehen. Ich würde auch die Finanztransaktionssteuer nicht nur als Einnahmequelle, sondern auch als Regulierung sehen. Bei der Finanztransaktionssteuer erwarte ich mir eine Zuspitzung der Debatte. Wenn Großbritannien nicht mitmacht, bleibt immer noch die Möglichkeit, dass neun Länder vorangehen. Da sehe ich sehr gute Chancen, gerade auch mit der Dynamik der Debatte, die von der SPD getragen wird. Ich meine, da bewegt sich etwas und diese Chance sollten wir nutzen.

KLATZER: Ich denke, dass bei der Finanzmarktregulierung noch sehr viel weitergehen muss und es wird schon seine Gründe haben, warum man im Finanzsektor meint, dass das System löchrig ist, wie Schweizer Käse. Da hat sich die Finanzlobby recht erfolgreich durchgesetzt. Ein anderes ganz zentrales Thema ist für mich, wie wir die Staatsfinanzierung den Finanzmärkten entziehen. Es ist ein Irrwitz, dass öffentliche Gelder den Banken hinterhergeworfen werden, aber wir die Staatsfinanzierung nicht von den Fesseln der Finanzmärkte befreien. Ich meine in der Wachstumsfrage müssen wir uns damit beschäftigen, welches Wachstum wir wollen und wir müssen uns da in erster Linie mit dem öko-sozialen Umbau unseres Wirtschaftssystems befassen.

SCHULMEISTER: Wir haben in den letzten Jahrzehnten eine Verschiebung der Spielanordnung erlebt. Früher war klar, dass man Geld nur durch Investitionen in der Realwirtschaft verdienen kann. Das hat sich in den letzten Jahrzehnten unter dem Motto »Ich lasse mein Geld für mich arbeiten« verschoben. Diese Spielanordnung funktioniert aber nicht dauerhaft und die Implosion dieses Systems erleben wir seit fünf Jahren

als Krise. Merkel will den Fiskalpakt als Medizin, aber das ist er nicht, er ist Teil der Krankheit. Ich glaube aber, dass es besser ist, einen Fehler zuzugeben und ihn nicht zu machen, als ihn um jeden Preis durchzuziehen.

SCHIEDER: Einen großen Unterschied zwischen USA und Europa im Umgang mit der Krise sehe ich bei den automatischen Stabilisatoren des Sozialstaats, in Österreich etwa auch in der Steuerentlastung der Einkommen mit drei Milliarden Euro und aktiver Arbeitsmarktpolitik. Ich sage das, weil wir 2008 nahezu ausgeglichen gewirtschaftet haben, aber bewusst ein Defizit in Kauf genommen haben, um der Krise entgegenzuwirken. Eine sozialdemokratische Handschrift sieht man auch im Bemühen, die Krisenkosten auch stärker über die höhere Besteuerung von Vermögen zu finanzieren, ich habe das bereits angesprochen. Ich halte es auch für unverzichtbar, zu betonen, dass uns der Sozialstaat gut durch die Krise gebracht hat. Zur Arbeitslosigkeit ist zu sagen, dass 300.000 Arbeitslose natürlich noch immer 300.000 zu viele sind, aber im europäischen Vergleich liegen wir tatsächlich sehr gut, das muss man schon sagen und das liegt natürlich auch an unseren Maßnahmen.

Beim Thema Wachstum ist für mich immer die Frage, wie es in Beschäftigung umgewandelt werden kann, aber natürlich auch, wie Themen wie der soziale Zusammenhalt berücksichtigt werden. Wachstum halte ich aber jedenfalls für unverzichtbar.


SCHULMEISTER: Also ich würde den Unterschied USA und Europa so festmachen: Rhetorisch, also in den Sonntagsreden ist man in Europa sehr für das europäische Sozialmodell, in den USA ist man für den freien Markt. Während der Woche ist man in Europa in der Praxis sehr neoliberal, in den USA sagt man »Den freien Markt heben wir uns für den Sonntag auf«. Die USA verfolgen seit zwanzig Jahren de facto einen Primitiv-Keynesianismus. Die Politik steuert das Zinsniveau für die Staatsanleihen und lässt sie auf niedrigem Niveau.

Wie macht sie das? Über die Notenbank. Die sagt: »Wir sind die Notenbank unseres Staates, wir sind solidarisch mit unserem Staat und werden daher das Zinsniveau bei ca. zwei Prozent, derzeit sogar etwas niedriger, belassen.« Was macht man in Europa? Man sieht zu, wie Finanzmarkt-Akteure die Staaten auseinander dividieren und ein neues Spiel erfunden haben: Spekulation gegen souveräne Staaten.

Was könnte man tun? Es tut mir leid das sagen zu müssen, aber ich habe die jetzige Entwicklung in meinem vor zwei Jahren erschienen Buch genau prognostiziert. Und mein Vorschlag ist, damals wie heute: Wir müssen den Märkten die Zinsbildung wegnehmen. Märkte, die falsche Preise produzieren, haben ihre Berechtigung verloren. Praktisch ist das sehr einfach.

Der Rettungsschirm wird ein Europäischer Währungsfonds, der als Staatsfinanzierungs-Agentur der Staaten agiert. Er gibt ein Wertpapier aus, die Euro-Bonds, zu einem fixen Zinssatz von zwei Prozent. Machen wir das gleiche wie die Amerikaner, geben also Regierungen eine Garantie und die EZB Rückendeckung, dann wird dieses Wertpapier von allen gekauft werden, es ist genauso sicher wie Dollar-Anleihen. Das ist eine politische Entscheidung. Es ist im Grunde ein sehr pragmatisches Konzept, aber es ist natürlich gegen den neoliberalen Zeitgeist und emotionalisiert. Einen Markt zusperrn, das ist Gotteslästerung!

KLATZER: Ich möchte die Aussage von Frau Merkel von der »marktkonformen Demokratie« nochmal aufgreifen. Diese schreckliche Formulierung deutet ja nochmal ganz gut an, welcher Demokratieverlust hier droht. Ich finde, man muss auch diesen unglaublichen Zeitdruck sehen, der künstlich aufgebaut wird. Bevor noch die Öffentlichkeit verstanden hat, worum es geht, sollen die Regeln schon in Kraft sein. Ich denke, wir müssen alles versuchen, um diesen Pakt zu stoppen, denn das könnte dann auch eine positive Dynamik hin zu einer vernünftigen Krisenlösung schaffen.

Jetzt muss ein Europa geschaffen werden, das die Krise mit Solidarität und Demokratie bewältigt. Ich denke, das liegt im ureigensten Interesse der Sozialdemokratie, wenn es nicht bei den nächsten Wahlen weiter den Bach runtergehen soll. Es ist ein historischer Moment. 

Der Beitrag ist eine gekürzte Zusammenfassung des Diskussionsabends »EU-Fiskalpakt – Konsequente Budgetkonsolidierung und Impulse für Wachstum und Beschäftigung?«, die am 04. 06. 2012 im Rahmen der Diskussionsreihe BSA Kontrovers im BSA-Generalsekretariat stattfand.

Die DiskutantInnen waren: **ANDREAS SCHIEDER**, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen; **STEPHAN SCHULMEISTER**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und **ELISABETH KLATZER**, Projektmitarbeiterin am Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie an der wu Wien und Vorstandsmitglied bei ATTAC Österreich.

Moderation: **LUDWIG DVOŘÁK**, gf. Chefredakteur der ZUKUNFT

REFLECTING FASHION



Sylvie Fleury Formula 1 Dress, 1999, Kunstfaser / synthetic, fiber, Edition von 100,
mit Hugo Boss, Sammlung Hoffmann, Berlin, © Sylvie Fleury



Elfie Semotan Leningrad Cowboy, 1996/2012, Aus der Serie / from the series: Flowers, Pigmentdruck auf Barytpapier / pigment print on baryte paper, 64,5 x 79,1 cm, Courtesy of the artist, © Elfie Semotan

REFLECTING FASHION



Martin Kippenberger o. T., 1996, Öl auf Leinwand / oil on canvas, Courtesy Galerie Gisela Capitain, Köln, © Estate Martin Kippenberger, Galerie Gisela Capitain, Cologne

»Die Straßen Wiens sind mit Kultur gepflastert, die Straßen anderer Städte mit Asphalt.« KARL KRAUS

Lueger – und die Wiener Erinnerungskultur

Die Umbenennung des Dr.-Karl-Lueger-Rings sorgte in der Öffentlichkeit für Aufsehen. Dabei, so argumentiert Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny, setzt die Stadt seit Jahren Akzente, um Wiens Geschichte lebendig zu halten und eine differenzierte Gedächtniskultur zu fördern.

Begriffe wie »Barbarei«, »Kulturrevolution«, oder »damnatio memoriae« fielen aus den Reihen von ÖVP und FPÖ, als ich bekannt gab, jenen Ringabschnitt umzubenennen, der mit Universität und Burgtheater zwei Leuchttürme der Aufklärung beherbergt, aber gleichzeitig den Namen eines antisemitischen Populisten trägt. Ein Paukenschlag, denn Umbenennungen bestehender Straßennamen kommen in Wien so gut wie nie vor. Die Fälle von Umbenennungen der letzten 30 Jahre sind an einer Hand abzählbar und betreffen nach NS-Größen benannte Ausnahmefälle.

Bei Lueger, dem zu Lebzeiten sogenannten »Herrgott von Wien«, ist die Sachlage nicht anders. Auch hier wurde sorgsam überlegt, bevor eine Entscheidung getroffen wurde. Auch hier steht der verantwortungsbewusste Umgang mit der Wiener Geschichte, ein umfassendes, universelles Erinnern und ein differenziertes Geschichtsbild im Zentrum der Überlegungen: Nicht Tilgung, sondern vielmehr Sichtbarmachung ist das Motiv. Und ersichtlich wurden im Zuge der letzten Wochen Diskurse, Meinungen und Trennlinien. Es wurde emotional diskutiert. Und eben dadurch auch das Ziel der Bewusstmachung erreicht. Im Erarbeiten eines umfassenden Geschichtsbilds ist der Weg das Ziel. Der springende Punkt ist nicht allein die Montage der neuen Tafeln mit der Aufschrift »Universitätsring«. Vielmehr geht es um den Weg hin zu einer ganzheitlichen Betrachtung, der Dekonstruktion von Diskursen, und der Fähigkeit, Dinge im Kontext historischer Entwicklungen betrachten zu lernen.

Diesen Prozess herbeiführen kann Kulturpolitik. Die BürgerInnen dieser Stadt sollten ihre gemeinsame Geschichte kennen, mit all ihren Schattenseiten. Vertraut sein damit,

Standpunkte von mehreren Warten aus zu reflektieren. Wenn es familiär ist, Dinge im Dispositiv, im Kontext zu betrachten, erhält man ein genaueres Geschichtsbild, was sich positiv auf Urteilsvermögen und politische Mündigkeit auswirkt. Anreize dafür kann symbolische Politik liefern, indem sie hinweist, akzentuiert und im Individuum die Fähigkeit fördert, universell zu erinnern, differenziert zu gedenken.

So gilt es auch, ein nuanciertes, reflektiertes Erinnern an Lueger zu fördern. Dieser hätte bloß »antisemitische Tendenzen gehabt«, wie es der VP-Klubobmann dieser Tage in einer der zahlreichen Aussendung formulierte. Diese augenzwinkernde Einstellung gegenüber einem der Wegbereiter des politischen Antisemitismus greift entschieden zu kurz. So wie die Hochquellwasserleitung oder die Elektrifizierung mit ihm verbunden bleiben (obwohl sie in jener Zeit auch in anderen Metropolen Einzug hielten), ist es auch sein Antisemitismus als politisches Instrument geblieben. Das Schlimmste, im Gegenteil, wäre, Lueger zu vergessen. *Wer seine Vergangenheit vergisst, ist verurteilt, sie zu wiederholen.* Und vergessen dürfen wir den »schenen Koarl« gewiss nicht – bei 13 weiteren Gedenkorten in der Stadt ist dies wohl auch auszuschließen.¹

Die Umbenennung des Lueger-Rings mag ein prominentes Beispiel sein, doch die Bemühungen für ein universelles Erinnern sind seit langem ein seriös und erfolgreich beackertes kulturpolitisches Feld der Stadt. Ein Einblick in seine Vielfalt sei im Folgenden gewährt.

STRASSENAMEN: GEDÄCHTNIS EINER STADT

Ob sich hinter Wiens rund 4.500 Straßennamen mit Personenbezug (gesamt 6.300) weitere kritisch zu betrachtende NamensgeberInnen finden, erforscht derzeit eine Kommissi-

1. Von der Eiche im Rathauspark bis zum Platz in der City oder Wiens erster Spannbetonbrücke in Penzing, benannt übrigens vom »roten« Wien im Jahr 1955.

on rund um den Zeithistoriker Oliver Rathkolb. Die Gruppe forscht ergebnisoffen, 2013 werden die Ergebnisse präsentiert. Als äußerer Ausdruck der Haltung gegenüber Opfern und Widerstandskämpfern benannte die Stadt – um nur zwei Beispiele zu nennen – in den letzten Jahren jedoch bereits einen Teil der Ringstraße am Parkring in Theodor-Herzl-Platz. Die Anton Schmid-Promenade am Donaukanal erinnert an den mutigen Feldwebel in der Wehrmacht, der zahlreichen Juden das Leben rettete und dafür mit dem eigenen bezahlte.

Ebenso essentiell schien es mir, die unter der NS-Herrschaft vergebenen Ehrentitel für Verstorbene zu überprüfen. Zahlreiche Ehrengräber wurden in einer Kommission um Kurt Scholz geprüft – u. a. mit dem Ergebnis, dass das Ehrengrab des NS-Jagdflotten Walter Nowotny aufgehoben wurde. Die interessanteste Erkenntnis war jedoch, dass es für jüdische Persönlichkeiten – wie Schnitzler oder Torberg – bislang überhaupt keine Ehrengräber gab. Erst 2007 wurden so die Grabmäler von 37 jüdischen Persönlichkeiten wie Arthur Schnitzler, Friedrich Torberg oder des Kaufhaus-Gründers Alfred Gerzog zu Ehrengräbern erklärt.

HISTORISCHE GRÄBER

Eine zweite Kommission, wie die erste unter der Leitung von Kurt Scholz, prüfte bis vor kurzem auch jene Ehrengräber, die in der Zeit des Austrofaschismus von 1934 bis 1938 gewidmet wurden. Darunter z. B. die Grabstätte des Vaters von Bundeskanzler Seipel, der ohne – zumindest allgemein ersichtliche – Qualifikation zu diesen Ehren kam, oder die Gräber von Dollfuß und federführenden Generälen des Ersten Weltkriegs wie jenes von Conrad v. Hötzendorf. Das Ergebnis der Studie, nämlich eine neue Kategorie der »Historischen Gräber« für solche Fälle zu schaffen, wird derzeit diskutiert. Mir erschien dies sinnvoll, denn der historische Einfluss eines Dollfuß ist nicht wegzuleugnen. Und das soll er auch nicht. Im Gegenteil. Auch hier profitieren wir von einer sachlichen Justierung und Neu-Verortung, die jedoch vom heutigen Begriff der »Ehre« abzukoppeln ist.

Überhaupt nehmen Friedhöfe in der Erinnerungskultur der Stadt einen besonderen Stellenwert ein. Der Umgang mit ihren Alten und mit ihrer Vergangenheit sagt viel über eine Gesellschaft aus. So betrachtet sind jüdische Friedhöfe ein Juwel des Stadtgedächtnisses, die Historie gleichsam im Zeitraffer erzählen. Um sie zu erhalten, wird viel getan: Kürzlich wurde die Sanierung von 43 jüdischen Ehrengräbern, darunter auch jene der zuvor genannten Persönlichkeiten, am Zentralfriedhof abgeschlossen. Am Friedhof Seegasse, dem ältesten Wiens aus dem 16. Jhd., der in seiner Bedeutung jenem in Prag um nichts nachsteht, laufen die Sanierungsarbeiten auf Hochtouren. Auch die Instandsetzung des Friedhofswärterhauses am Währinger Friedhof aus Mitteln des Altstadterhaltungsfonds ist ein weiterer Fortschritt.

RESTITUTION ODER IST EIGENTUM DIEBSTAHL?

Folgerichtig hat sich die Stadt Wien zur Rückgabe von Kunst- und Kulturgegenständen, die während der Nazizeit geraubt wurden, verpflichtet. Sie betreibt aber seit nunmehr 10 Jahren – im Unterschied zum Bund – über das Gesetz hinausgehend aktive Erbensuche. Mittlerweile sind bereits rund 25.000 fragliche Erwerbungen untersucht und 5.000 Objekte restituiert worden. Dabei betrifft die Restitution von Kunst- und Kulturgegenständen lückenlos alle Sammlungen der Stadt Wien. Auch das Jüdische Museum Wien ist von dieser Provenienz-Forschung nicht ausgenommen. Die Restitutions-Praxis in den Sammlungen der Stadt Wien ist damit international vorbildlich.

Wien hat weiters im Unterschied zum Bund unrechtmäßig erworbene Kunstobjekte zurückgegeben und anschließend als Kulturgut allerersten Ranges zurückgekauft: 2001 erwarb die Stadt von den Erben der Komponisten-Dynastie Strauß um damals 73 Mio. Schilling den wohl prominentesten Bestand in diesem Zusammenhang. Darunter Operetten-Partituren von Johann Strauß Vater und Sohn, die Totenmaske von Johann Strauß Sohn sowie weitere Memorabilien zu Werk und Leben der Familie.

WAS KUNST IM ÖFFENTLICHEN RAUM VERMAG

Vom Privaten (Besitz) zum Öffentlichen: Die Nazis versuchten von Beginn an, die roten Gemeindebauten durch »deutsche« Skulpturen und Reliefs umzudeuten. Eines dieser Reliefs findet sich an der Fassade der städtischen Wohnhausanlage Brandmayergasse 27 in Margareten: Das Wandbild des Malers Rudolf Böttger, der während der Nazi-Zeit im Rahmen des »Wiener Gaukulturrates« für Malerei zuständig war, zeigt eine Familienidylle in traditionell nationalsozialistischer Kunst-Darstellung. Einer der abgebildeten Knaben in HJ-Uniform hält einen NS-Wimpel. 1945 wurde das Hakenkreuz in diesem NS-Wimpel entfernt, ansonsten blieb das Werk unverändert.

Im Einvernehmen mit den Mietern, dem Büro des damaligen Wohnbaustadtrates und heutigen Bundeskanzlers Werner Faymann, der Bezirksvorstehung und der Kulturabteilung wurde beschlossen, einen Künstler-Wettbewerb zu veranstalten, um sich künstlerisch-kritisch mit diesem Wandbild auseinander zu setzen. Ulrike Lienbachers Siegerprojekt »Idylle« gestaltete und deutete das Relief um: Vor der Wandmalerei wurde eine Glasplatte montiert, auf die in spiegelverkehrter Schrift das Wort »Idylle« angebracht ist. Diese spiegelverkehrte Aufschrift soll die Fragwürdigkeit der gestellten »Familien-Idylle« des Nazi-Reliefs symbolisieren. Neben dem Relief angebrachte Tafeln mit erklärenden Worten geben Interessierten die Möglichkeit, sich über das Relief und dessen Umgestaltung zu informieren.

PFLICHT UND TREUE IM GEMEINDEBAU

Auch im Falle des Thury-Hofes ist die Genese eine ähnliche. An der Außenfront des Thury-Hofes, eines Gemeindebaus im 9. Bezirk, befindet sich eine Plastik des Bildhauers Alfred Crepaz, die vermutlich 1939 dort angebracht wurde und deren Inschrift die NS-Tugenden Pflicht, Treue und Heroismus beschwört: »Wir bitten Dich Herrgott, laß uns niemals wankend werden und feige sein, laß uns niemals die Pflicht vergessen, die wir übernommen haben.« Nach 1945 wurde sozusagen das Minimum an »Aufarbeitung« geleistet: Die Signatur von

Adolf Hitler, dem Urheber des Zitats, wurde entfernt, die Schrifttafel jedoch blieb bis vor einigen Jahren erhalten. Ebenso die lebensgroße Terrakottafigur eines kraftstrotzenden Recken mit stolz erhobenem Haupt, dessen Hände ein Schwert umklammern.

Die künstlerische Auseinandersetzung von Maria Theresia Litschauer mit der Präsenz von NS-Ikonographie auf einer städtischen Wohnhausanlage zielt auf eine historisch-gesellschaftspolitische Kontextualisierung: Eine eckige Klammer umschließt Terrakotta-Figur und Inschrift an der Fassade des Thury-Hofes. Ein Betonband verläuft vom Fuße der Skulptur drei Meter über den Vorplatz des Gemeindebaus auf eine Schrifttafel aus Glas zu, die eine kurze Dokumentation der Geschichte des Thury-Hofes während der Zeit des Nationalsozialismus, des Schicksals seiner jüdischen BewohnerInnen sowie eine Interpretation der Skulptur von Alfred Crepaz trägt.

DER TURNERTEMPEL ODER DIE ERRICHTUNG SEINER RUINE

Das jüngste Projekt, abgewickelt im Rahmen von KÖR – Kunst im öffentlichen Raum, befindet sich in der Turnergasse in Wien 15. Hier befand sich bis zur Pogromnacht der Turnertempel – und im gesamten Grätzel rund um die Herklotzgasse ein blühendes jüdisches Leben in der Vorstadt, das von den Projekt-InitiatorInnen, AnrainerInnen und MieterInnen der Herklotzgasse 21 im Rahmen des Projekts und in einer Publikation gut erforscht wurde.²

Der Turnertempel war vor 1938 Mittelpunkt der lebendigen jüdischen Rudolfsheimer Gemeinde und nach der Synagoge in der Seitenstättengasse und dem Leopoldstädter Tempel das drittichtigste Bethaus der Stadt. In der Pogromnacht wurde der Turnertempel in Brand gesetzt und völlig zerstört. Der 2011 neu gestaltete Platz fällt nun durch schwarze Betonbalken auf, die in ihrer abstrahierten Form den eingestürzten, zerborstenen Dachstuhl des Turnertempels nach dem Brand symbolisieren. Gleichzeitig bleibt die Installation jedoch be-

2. MICHAEL KOFLER, JUDITH PÜHRINGER, GEORG TRASKA (Hrsg.): Das Dreieck meiner Kindheit – Eine jüdische Vorstadtgemeinde in Wien. Mandelbaum Verlag, Wien 2008
3. www.herklotzgasse21a.at

gehbar, lädt zum Hinsetzen und Verweilen ein. Als Schnittstelle vermittelt sie anschaulich zwischen Vergangenheit und Zukunft und betont sowohl die grausame Kraft von der Zerstörung des Tempels als auch – durch im Boden eingelassene Mosaiksteine – »die lebensbejahende Energie im Heute«, wie Kurator Stefan Musil es beschreibt.³

Ein wichtiger Beitrag zum aktiven Erinnern im öffentlichen Raum sind auch die Steine der Erinnerung. Sie sind als im Boden eingelassene Messingsteine Mahnmale und Leitsystem zugleich. Auf dem »Pfad der Erinnerung« wird namentlich an Ermordete und Vertriebene im Nationalsozialismus erinnert. Die Wege, die es bereits in zahlreichen Bezirken gibt, führen an die Stätten der jüdischen Kultur, aber auch der Deportation und der Vernichtung der Wiener jüdischen Gemeinde.


EMIGRANTEN, WIENER, ZEITZEUGEN

Jeglicher Versuch, Geschichte sichtbar zu machen, wäre jedoch lückenhaft, würde man nicht auch jene einbeziehen, die sie selbst er- und überlebt haben. Im Rahmen des *Jewish Welcome Service* sucht die Stadt aktiv den Kontakt zu jenen, die damals ihrer Heimatstadt verlassen mussten. Einige von ihnen wurden zum Zeichen der Anerkennung Ehrenbürger der Stadt, wie Hollywood Produzent Eric Pleskow (»Einer flog übers Kuckucksnest«, »Rocky«, »Amadeus«), der Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek, Kulturhistoriker Carl E. Schorske oder Regisseur Billy Wilder (»Manche mögen's heiß«, »Sunset Boulevard«). Auch Ruth Weiss, Eric Hobsbawm und Theodor Bikel wurden von der Stadt, als später Versuch einer Anerkennung von Verantwortung gegenüber der Vergangenheit, geehrt.

Eine Vielzahl gäbe es noch zu erwähnen. Die Wehrmachtsausstellung, die Dauerausstellung am Spiegelgrund, die Sanierung des jüdischen Museums. Gemein ist all diesen Projekten eines: Es geht darum, Spuren der Geschichte zu akzentuieren, in lebendiger Erinnerung zu halten. Im Gegenteil

soll durch zusätzliche Informationen der Horizont erweitert werden. Über Personen dieser Stadt und Wiens wechselvolle Geschichte, um eine Vorstellung davon vermitteln, wie sich Geschichte entfaltet hat.

Die Maßnahmen und Projekte zeigen auch allzu oft, wie AnrainerInnen, wie die WienerInnen selbst partizipativ an der Gestaltung und am symbolischen Umgang der Stadt Anteil haben können. Geschichte ist so nicht einfach passé, sie lebt in unseren Köpfen weiter – manchmal als Mahnung, manchmal als Vorbild. Und mit ein bißchen Glück und reflexiver Erinnerung lernen wir auch aus ihr.

Auch dazu sollte die Umbenennung des Dr.-Lueger-Rings einen Beitrag leisten. 

ANDREAS MAILATH-POKORNY
ist Amtsführender Stadtrat für Kultur
und Wissenschaft in Wien.



Sonia Delaunay and Sophie Taeuber-Arp in beach fashion by Sonia Delaunay, 1929, S/W-Fotografie / b/w photograph, Stiftung Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp e.V. Rolandswerth, © L & M SERVICES B.V. The Hague 20120501 for the works by Sonia Delaunay (pending approval of the, assignee)

REFLECTING FASHION



Cindy Sherman Untitled #217, 1984/1990, C-Print, 129 x 84 cm, Courtesy Essl Museum, Klosterneuburg / Wien, Foto: Photoatelier Laut, Wien, © Cindy Sherman

Luegers Erbe

Der Zeithistoriker Florian Wenninger argumentiert, warum die kürzlich beschlossene Umbenennung des Karl-Lueger-Ringes Not tat und die meisten Gegenargumente vorgeschoben oder falsch waren.

Nicht Wien. Nicht wieder der Ring. Nehmen wir – St. Wolfgang: Rössl, Wolfgangsee. Am 12. August 1942 nahm sich dort der Gemeindevorstand Dr. Rais ungeachtet seiner sonstigen Verpflichtungen – deren hatte er als NS-Vizebürgermeister und Parteifunktionär sicherlich viele – endlich einmal Zeit. Und schrieb einen Brief. Er verwandte dabei beträchtliche Mühe darauf, den richtigen Ton zu treffen. Nicht zu viel. Und nicht zu wenig. Klartext – und doch keine verstörende Direktheit. Der Moment war schließlich günstig und wollte genutzt werden. Die Jüdin Gertrud Peter war zu Herrn Doktors Leidwesen nämlich immer noch da. Wegen ihrem arischen Ehemann. Als dieser aber als politisch fragwürdiges Subjekt in Haft genommen wurde, schien es Franz Rais an der Zeit, dem Gmundner NS-Landrat endlich mal Bescheid zu stoßen.

Ungeachtet der Rahmenbedingungen zeige sich Peter, so Rais »zu frei und geradezu frech im Ort«. Und dann auch noch »im Kreise von Bekannten, einer typisch judenfreundlichen Clique, breit im Vorraum des Hotels«. Das konnte doch unmöglich so bleiben: »Ich bitte um Stellungnahme. Es ist ja ein arischer Haushalt, da der Gatte Arier, nun aber ist er verhaftet. [...] Soll ich sie verwarnen oder Herr Landrat oder die Gendarmerie oder ...?« Während seine Mühewaltung im Fall von Frau Peter nicht den intendierten Effekt hatte – sie überlebte den Krieg – war Herrn Doktors individualmedizinischen Aktivitäten scheinbar mehr Erfolg beschieden. Als man nämlich Jahre später daran ging, dem Sohn des Ortes für seine Verdienste zu danken, setzte eine Koalition aus Expaten, Nazikumpanen und hinreichend Desinteressierten die namentliche Widmung einer Straße, der »Dr. Franz Xaver Rais-Promenade« durch. Erst in den 1990ern regten sich erste Zweifel und auch diese mehrheitlich nicht in St. Wolfgang. Appelle der Israelitischen Kultusgemeinde und des Dokumentationsarchives, den Namen doch im Hinblick auf Rais' De-

nunziation abzuändern, verhallten im Ort zunächst ungehört. Erst nach einem neuerlichen Anlauf, diesmal unterstützt von zahlreichen Prominenten sah sich der Gemeinderat 2006 zum Handeln genötigt. Nach wie vor war man aber bemüht, Rais widerfahren zu lassen, was man für Gerechtigkeit hielt. Da galt es sorgfältig abzuwägen zwischen einem Mordanschlag und der offenbar einzig Rais zuzuschreibenden Gesundheit der rassistisch unbedenklichen Population. Andererseits – wenn so viele wichtige Leute »...?« Um es kurz zu machen: Die betreffende Topographie schmückt seither der schöne Name »Doktorpromenade«.

LUEGER AUS DER STADTGESCHICHTE TILGEN?

Jetzt doch Wien. Doch Ring. Doch Karl Lueger. Was das eine mit dem anderen zu tun hat? Die Notwendigkeit, im Umgang mit einer belasteten Person eine Entscheidung zu fällen. Und das, obwohl es neben den Schatten- eventuell auch Lichtseiten gibt. Mag man nämlich angesichts der peinlichen Posse um die »Doktorpromenade« über den provinziellen Wolfganger Kleingeist höhnen, der sich nicht getraut, geschichtspolitische Nägel mit Köpfen zu machen, muss gleichwohl eingeräumt werden: Feiger war man die längste Zeit in Wien allemal. Hier erinnern gleich zwei Verkehrsflächen, eine Kirche, ein Brunnen, ein Park, mehrere Denkmäler und Büsten, Altarbilder, ungezählte Inschriften, eine mächtige Lueger-Eiche, der Lueger-Hof und die Lueger-Brücke an den langjährigen Bürgermeister und Gründer der Christlichsozialen Partei.

Niemand hat nun je Luegers posthume Auslöschung verlangt, wie Konservative seit Jahren unterstellen: Weder soll sein Name aus den vielen »Errichtet unter Bürgermeister Dr. Karl Lueger«-Schildern gekratzt, noch die (übrigens nur im Volksmund) nach ihm benannte Kirche auf dem Zentralfriedhof gesprengt oder die Lueger-Eiche in den Kesseln des Wiener Fernwärmewerks verfeuert werden. Lediglich zwei seiner

1. Nähere Informationen: www.luegerplatz.com
2. HELMUT RUMPLER: Der Koloss von Wien. In: *Damals*, 2/2010, S. 66–67:67.
3. ebenda.

vielen Ehrungen stehen ob ihres Symbolgehaltes seit langem zur Diskussion: Das Lueger-Denkmal auf dem gleichnamigen Platz im Ersten Bezirk und der unter dem Austrofaschismus am 24. Juli 1934 nach Lueger benannte Abschnitt der Ringstraße, der bis dahin nach dem Tag der Ausrufung der Republik »Ring des 12. November« geheißen hatte.

Das Lueger-Denkmal soll, der Idee des »Arbeitskreises zur Umgestaltung des Wiener Lueger-Denkmal« an der Wiener Universität für Angewandte Kunst zufolge, nicht beseitigt, sondern in ein Mahnmal gegen Antisemitismus und Rassismus in Österreich umfunktioniert werden.¹ Bleibt der Lueger-Ring. Und ja: Den umzubenennen war es höchst an der Zeit.

NEUE HISTORISCHE ERKENNTNISSE ZUR PERSON LUEGER?

Als 2010 eine neue Biografie Luegers von John W. Boyers erschien, wurde von HistorikerInnen im Rahmen eines Symposiums im Wiener Rathaus einmütig die »Entmythologisierung« der Person Lueger gelobt. Boyers Verdienst bestünde in einer »ausgewogenen« Darstellung des »Schönen Karl«, war man sich einig. Und Leute, die auch bis dahin dieser Meinung gewesen waren, jubelten: »Eine Umbenennung des Dr.-Karl-Lueger-Rings, ein Fällen der Lueger-Eiche und die Demolierung des Lueger-Denkmal in Wien werden sich schwer aus der neuen Beurteilung ableiten lassen.«²

Tatsächlich stellt Boyer keine diesbezügliche Forderung auf (wie er sie auch nicht verwirft, womit auch eine entgegengesetzte Deutung prinzipiell zulässig wäre), er präsentiert aber auch kein völlig neues Bild Luegers. Er hat ein gut geschriebenes, fakten- und kenntnisreiches Portrait vorgelegt, das aber wenig Neues beisteuert. Argumente, die eine Revision der Gesamteinschätzung der historischen Person Lueger erforderlich machten, wird man darin vergeblich suchen. Im Gegenteil scheut sich Boyer keineswegs, die problematischen Aspekte der Luegerschen Politkarriere zu thematisieren. Der »Schöne Karl« bediente sich in seiner Aufstiegsphase bekanntlich rabiat antisemitischer Parolen, die systematische Juden-

hetze war der Kitt, der seine ansonsten äußerst heterogene Wählerschaft zusammen hielt und bildete in deren ärmerem Teil die einzige halbwegs verfängliche Argumentation gegen das grassierende sozialdemokratische Gedankengut.

Zugleich hat auch schon zuvor niemand ernstlich bestritten, dass die unter Lueger initiierten und vorangetriebenen Reformen und Infrastrukturprojekte entscheidende kommunale Verbesserungen mit sich brachten. Muss aber deshalb ignoriert werden, dass Lueger seinen politischen Erfolg maßgeblich der jahrelangen, rücksichtslosen Hetze gegen Juden verdankte? Weshalb ist der Bau der Zweiten Wiener Hochquellleitung Grund genug, stillschweigend darüber hinweg zu sehen, dass dieser »gewaltigste deutsche Bürgermeister« (A. Hitler) wesentlich dazu beigetragen hat, eine Dynamik zu verschärfen, die schließlich im NS-Massenmord kulminierte?

Die GegnerInnen einer Umbenennung stützten sich im Wesentlichen auf folgende Argumente: erstens die historische Person Lueger werde zu Unrecht »dämonisiert«, zweitens eine Umbenennung würde Geschichte verfälschen, indem sie Lueger als Teil der Stadtgeschichte unsichtbar machen wolle, drittens eine Umbenennung führe unweigerlich zu weiteren und viertens Geld und Anraineridentität.

DÄMONISIERUNG?

Weil die vulgäre Judenfeindschaft Luegers in einer Vielzahl von Quellen zweifelsfrei belegt ist, würde es wenig Sinn machen, sie rundweg abzustreiten. Feinsinn ist gefragt: Einerseits sei das »Straßentheater« schließlich »nur eine Seite von Luegers politischer Strategie« gewesen, so der Historiker Helmut Rumpler von der Universität Klagenfurt. Zum anderen sei das alles ja nicht so ernst gewesen: »[Der Antisemitismus] war zwar der einigende Faktor der sozial und kulturell buntgemischten Luegerschen Koalition, aber eigentlich nur ein Mittel zur Mobilisierung der Massen. Nie zog er aus seinen judenfeindlichen Reden praktische Konsequenzen, sein Antisemitismus war nicht rassistisch, sondern populistisch.«³ Für die nicht rassistisch, sondern lediglich populistisch Verhöhn-

4. So schlug Lueger 1890 die Lösung der Judenfrage dergestalt vor, alle Juden auf ein großes Schiff zu verfrachten und dieses auf hoher See zu versenken.

ten, die keine vier Jahrzehnte nach Lueger ganz praktisch erschlagen und vertrieben wurden, sicherlich ein tröstlicher Gedanke. Lueger hat seine Zeit zweifellos nicht ausschließlich mit Menschenhetze verbracht, und hat lediglich dazu aufgerufen, Juden umzubringen⁴, dieses Projekt aber tatsächlich nie selbst in Angriff genommen.

Selbst, wenn dieser Argumentation folgend auch der FPÖ kein Vorwurf daraus zu machen wäre, dass sie einstweilen nur virtuell auf Minarette und Imame schießen lässt, ist die Behauptung, es habe sich um eine rein verbale Hetze gehandelt, historisch schlicht falsch: Luegers Antisemitismus war phasenweise durchaus auch praktisch orientiert, etwa, indem er 1887 Schönerers Bemühungen zur Beschränkung der jüdischen Zuwanderung unterstützte. Zudem steht der Antisemitismus Luegers zwar aufgrund des späteren Massenmord während des Nationalsozialismus zu Recht im Zentrum der Kritik, dabei nicht unerwähnt bleiben soll aber auch Luegers notorische Abneigung gegen Intellektuelle und – zahlenmäßig weit wichtiger – gegen SlawInnen.

GESCHICHTSFÄLSCHUNG?

Auf die Behauptung, eine Umbenennung verfälsche die Stadtgeschichte indem sie Lueger gewissermaßen ungeschehen machen wolle, wurde bereits eingegangen: Es stand nie Luegers Entfernung aus dem Stadtgedächtnis zur Debatte, sondern die Umbenennung einer nach ihm benannten, prominent gelegenen Verkehrsfläche. Diese wurde 1934 von einer Diktatur als Akt demonstrativer Ablehnung demokratisch-republikanischer Werte nach Lueger benannt und der neue Name nach 1945 infolge eines großkoalitionären Kuhhandels beibehalten (im Abtausch wurde der vormalige Seipel-Ring zum Dr.-Karl-Renner-Ring). An den derzeitigen Lueger-Ring grenzen mit dem Burgtheater und der Universität Wien wesentliche Institutionen des hiesigen geistigen und kulturellen Lebens, somit ist dieser Ort besonders geeignet, ein öffentliches Zeichen zu setzen, das mit den antisemitischen Traditionen der Stadt sichtbar bricht. Und natürlich stimmt, dass Straßennamen zu einem gewissen Grad historische Er-

fahrungen widerspiegeln. Aber Erfahrungen werden im Lauf der Zeit ja glücklicherweise ab und an neu bewertet. Deshalb wurden ungeachtet der recht eindrücklichen historischen Erlebnisse mit der Person und ihrem Werk die zahlreichen Adolf-Hitler-Plätze, -Straßen und -Gassen nach 1945 landauf, landab ebenfalls umbenannt. Ein Fehler? Eine »historische Verfälschung«? Die Benennung des öffentlichen Raums nach Personen hat nicht die Funktion eines Geschichtsbuches, sondern dient der Würdigung. Die Frage war also nicht, ob Lueger vergessen gemacht werden sollte, sondern ob er weiterhin an dieser Stelle geehrt werden musste.

UMBENENNUNGSVERBOTE?

Die Behauptung, eine Umbenennung sei schon aus Prinzip abzulehnen, weil dann kein Ende absehbar sei, darf getrost als Versuch bezeichnet werden, jeder ernsthaften Diskussion von vornherein aus dem Weg zu gehen: Das Argument »aber dann müsste man ja konsequenterweise auch...« firmiert in Rhetorik-Handbüchern als klassische Methode der Ablenkung und verdient grundsätzlich keine weitere Aufmerksamkeit. Zur Diskussion stand bislang der Lueger-Ring, nachdem diese Frage nun entschieden ist, kann aber tatsächlich die Frage gestellt werden, ob es nicht sinnvoll wäre, sich mit anderen problematischen Namenspatronen ebenfalls kritisch auseinander zu setzen. Hilfreich könnte dabei ein Blick über den nationalen Tellerrand hinaus sein: Der Fall des Lueger-Rings erregte international nicht zuletzt deshalb so große Aufmerksamkeit, weil zahlreiche Kommunen in anderen Staaten sich vor ähnliche Probleme gestellt sehen.

In allen Umbenennungsdebatten tauchen auf kurz oder lang zwei Argumente auf, die auch in der Debatte um den Lueger-Ring eine gewisse Rolle spielten. Einmal wird die Beibehaltung der bisherigen Bezeichnung mit den Wünschen der AnrainerInnen begründet, die sich gegen eine neue Wohnanschrift sträubten. Tatsächlich ist Geschichte im Alltag kaum so stark emotional aufgeladen wie im Fall der eigenen Adresse. Bisherige Erfahrungen zeigen deutlich, dass eine Kritik am Namensgeber der betreffenden Straße oder Gasse


von vielen AnrainerInnen zunächst als Kritik an ihnen selbst aufgefasst wird. Dem in geeigneter Form zu begegnen ist aber keine unlösbare Herausforderung. Tatsächlich sollte es im Interesse der betroffenen Kommune sein, mit den Menschen vor Ort in Dialog zu treten, ihnen das Problem zu veranschaulichen und dabei zu verdeutlichen, dass eine Umbenennung keine Kritik der AnrainerInnen impliziert. Zudem hat sich gezeigt, dass die negativen Emotionen sogar das Potential haben positiv gewandelt zu werden, wenn die Suche nach einer neuen Bezeichnung als partizipativer Prozess gestaltet wird (um begangene Fehler in diesem Zusammenhang nicht zu wiederholen sind dabei allerdings ebenfalls einige Dinge zu berücksichtigen).

Das zweite Argument im Kontext der Menschen vor Ort sind die anfallenden Kosten. Nicht immer lässt sich das so leicht entkräften wie im Fall des Lueger-Rings, an dem keine zehn private Wohnparteien existieren. Hauptbetroffen waren hier neben mehreren Gastronomiebetrieben, Anwaltskanzleien und weiteren Unternehmen vor allem die Universität und das Burgtheater, die sich beide schon länger für eine Umbenennung stark gemacht hatten. Die anfallenden Kosten für Briefpapier, Firmenschilder und Visitenkarten sind generell moderat. Das Hauptproblem bestand bislang darin, dass sie als Zusatzkosten wahrgenommen und daher mit dem Vorwurf der Verschwendung belegt wurden. Aber die Umbenennung einer Straße ist ein Akt der kulturellen Intervention – und auch als solche zu finanzieren.

WAS IST ALSO DAS PROBLEM?

Abhängig von der jeweiligen politischen Couleur stand einer Umbenennung bisher vor allem zweierlei entgegen: Die Volkspartei hält in Lueger den Gründer ihrer Vorgängerorganisation, der Christlichsozialen Partei, in Ehren. Wie auch in anderen Fällen – man denke nur an Dollfuß oder Seipel – mag man den Wert einer kritischen Befassung mit der eigenen Organisationshistorie bei den Bürgerlichen bisher nicht erkennen. Wer in der Wiener ÖVP-Parteizentrale nachfragte, wie der Autor zuletzt 2010, erfuhr dort lediglich, dass »die Namen

der verschiedenen Ringabschnitte historisch gewachsen sind und nicht zur Diskussion stehen. Wir beschwerten uns ja auch nicht über den Renner-Ring.« So weit, so wenig überraschend. In der SPÖ fürchtete man im Fall einer Umbenennung offenkundig eine breit angelegte Kampagne der Kronenzeitung, wie Funktionäre hinter vorgehaltener Hand erklären: »Und von denen die das dann lesen versteht niemand was ihr wollt's. Die glauben, wir machen das wegen der ‚Ostküste‘ und wählen das nächste Mal erst recht den Strache.« Aus verständlichen Gründen legten aber weder die einen noch die anderen ihre Motive offensiv dar.

Der SPÖ-Landesparteitag beschloss im Jahr 2010 die Einsetzung einer Historikerkommission zwecks kritischer Überprüfung aller Wiener Straßennamen. Auf Konsequenzen mochte man sich zwar nicht festlegen, in der Causa Lueger-Ring kam die Stadt nun aber dem Ergebnis der Kommission zuvor. Das ist im gegenständlichen Fall zwar prinzipiell erfreulich, allerdings wäre es noch deutlich stärker zu begrüßen gewesen, wenn man den Mut gefunden (und sich ein entsprechendes Konzept zurecht gelegt) hätte, eine breite öffentliche Auseinandersetzung um die Frage zu führen, wer oder was statt Lueger künftig im Herzen der Stadt eingeschrieben sein sollte. Herausgekommen ist eine Lösung nach dem Motto »nur keine Wellen«: Um Diskussionen über einzelne Personen von vornherein auszuweichen wurde als Name »Universitätsring« beschlossen. Schade. In einer Stadt, in der die Botanik auf mehr Straßen verweisen kann als die weibliche Einwohnerschaft und in der bis heute keine würdigen Denkmäler stehen für diejenigen, die für Demokratie und Rechtsstaat eingetreten sind, hätte es Möglichkeiten zuhauf gegen. 

FLORIAN WENNINGER

ist Assistent am Institut für Zeitgeschichte
der Universität Wien.



REFLECTING FASHION



Christo Wedding Dress, 1967, Mannequin, Satin, Seide, Seidenband, Seidenschnur / mannequin, satin, silk, silk ribbon, silk string, 137 x 432 x 145 cm, Christo und Jeanne-Claude, New York, im Besitz des Künstlers / owned by the artist, Foto: André Grossmann, 1967, © Christo

Kippt Lueger!?

Mehr als ein Dutzend Lueger-Gedenkorte existieren neben dem nach ihm benannten Ring-Abschnitt. Ein besonders umstrittener ist das Lueger-Denkmal am gleichnamigen Platz: Für dessen Bearbeitung und Umgestaltung in ein Mahnmal gegen Antisemitismus und Rassismus plädiert in Lilly Panholzer in ihrem Diskussionsbeitrag.

Das Statement der Kunsthistorikerin Verena Krieger bietet eine gute Grundlage für das folgende Diskussionspapier: »Denkmäler sind Manifestationen ihrer Zeit, in ihnen artikulieren sich die politischen, sozialen und ästhetischen Interessen jener, die über die Initiative und die Mittel verfügten, sie zu errichten. Wenn sich die Zeiten geändert haben, werden diese Interessen in ein neues, vielfach kritisches Licht gerückt. Zweck und Gestalt eines Denkmals werden gegebenenfalls erneut zum Gegenstand kritischer Räsonnements einer bürgerlichen Öffentlichkeit. So ist es nun – spät genug – beim Lueger-Denkmal der Fall.«¹

Die Anfrage an den »Arbeitskreis zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal«² für eine sozialdemokratische Zeitschrift unsere gedenkpolitischen Überlegungen journalistisch aufzubereiten, freut uns, kommt aber auch überraschend. Anfänglich von dem (aus 225 Einreichungen!) prämierten Entwurf des Künstlers Klemens Wihlidal beeindruckt, mussten wir schnell feststellen, dass seitens der rot-grünen Stadtregierung kein echtes Interesse besteht, mit einer mutigen Geste entsprechend zu intervenieren.

Zwar gab es zu Beginn wohlwollende Zustimmung aus der Kulturabteilung der Stadt Wien. Die prinzipielle Anerkennung der Initiative äußerte sich auch in der Mitfinanzierung des »Handbuches zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal«.

Nachdem aber das Bundesdenkmalamt per Presseaussendung recht deutlich klarmachte, dass »eine direkte Beeinträchtigung« des Denkmals »nicht infrage« komme³, wurde es still um die Verhandlungen. Nur der Eigentümerin des Denkmals (der Stadt Wien) ist es erlaubt, einen Antrag zu stellen. Diese

hat abgewunken, die Verantwortlichen werden keinen Instanzenweg beschreiten. Es wäre aber den Versuch wert, einen solchen Antrag zu stellen, um nach Erhalt des ablehnenden Bescheides diesen dann zu beeinspruchen.

Warum ist es so, dass in der SPÖ die Geschichtspolitik einigen wenigen beauftragten ExpertInnen überlassen wird, im Zweifelsfall sogar dem konservativen Denkmalamt, anstatt eine politische Entscheidung zu treffen? Was wird in der SPÖ über Lueger und seine denkmalhafte Verehrung in Wien gedacht?

VERDIENT RESPEKT

Der rot-grüne Gemeinderatsbeschluss, den Lueger-Ring umzubenennen hat sehr viele Menschen gefreut, verdient auch großen Respekt und ermutigt uns zu hoffen, dass diesmal nicht auf halbem Wege stehen geblieben wird. Eines ist aber klar: Die Initiative zur Umgestaltung des Denkmals scheitert wenn, dann nicht am Bundesdenkmalamt, sondern am mangelnden politischen Willen der rot-grünen Stadtregierung!

Mit der Aufforderung diesen Appell ernstzunehmen, sollen hier gedenkpolitische und andere Überlegungen Platz finden, als Anstoß für die Wiener SPÖ, sich eventuell doch mit etwas mehr Leidenschaft und politischer Haltung für die Umgestaltung einzusetzen.

Der prämierte Entwurf sieht vor, Statue und Sockel um 3,5 Grad nach rechts zu neigen. Die Jury begründet ihre Entscheidung damit, dass der Entwurf die Unsicherheit der Stadt Wien im Umgang mit Karl Lueger verdeutlicht und den aktuellen Stand der Diskussion zeigt. Die Schiefelage verweist

1. VERENA KRIEGER (2011): Prinzip Palimpsest. Künstlerische Strategien zur Transformation problematisch gewordener Denkmäler. In: Handbuch zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal. S. 69
2. Im Oktober letzten Jahres wurde das »Handbuch zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal« von uns herausgegeben. Der Denk- und Mahnmaldiskurs rund um Lueger ist in diesem Handbuch vielschichtig aufgearbeitet. Zudem enthält es sämtliche Entwürfe, die nach dem Open Call zur Umgestaltung eingereicht wurden. »Der Arbeitskreis zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal in ein Mahnmahl gegen Antisemitismus und Rassismus in Österreich« wurde an der Universität für angewandte Kunst in

zudem auf den problematischen Umgang der Stadt mit ihrer antisemitischen Vergangenheit. Durch den Eingriff wird der vertikale Charakter des Monuments gebrochen und der Mythos um Lueger als »Vaterfigur« Wiens hinterfragt. Die Historikerin Heidemarie Uhl fügt dem hinzu: »Der Entwurf operiert mit den Mitteln einer dezenten, unaufgeregten und zugleich grundsätzlichen Intervention, die ausdrückt, dass etwas an diesem Denkmal nicht »stimmt«, dass ein Geschichtssymbol aus dem Lot geraten ist. Nicht Korrektur, Überschreiben, Kontrastieren durch Gegen-Erzählungen ist hier intendiert, sondern die Reflexion darüber, wie mit den problematischen Überresten vergangener Erinnerungskulturen umgegangen werden soll.«⁴

DISTANZIEREN

Mittlerweile herrscht breiter Konsens darüber, dass es problematisch ist, den antisemitischen Bürgermeister und Demagogen in Form eines so prominenten Denkmals weiterhin unkommentiert zu ehren. Wo Karl Lueger doch, nicht nur hierzulande, als »einer der maßgeblichen Erfinder des modernen, populistischen Antisemitismus« bekannt ist, in Wien mit seinen »Hetzreden ein Klima der Verrohung« zeugte⁵, und von Adolf Hitler in »Mein Kampf« als der gewaltigste deutsche Bürgermeister aller Zeiten bezeichnet wurde. Der Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann ist somit beizupflichten, wenn sie schreibt: »Wer die Errungenschaften von Luegers Person und seiner Regierungszeit retten will, muss sich heute explizit von diesem anderen Teil seines Erbes distanzieren, denn Schweigen bedeutet in diesem Fall nicht nur Duldung, sondern auch Anerkennung und Fortschreibung dieser gefährlichen Tradition.«⁶

Ein Unverständnis für die ungebrochene Verehrung, wie sie sich am Denkmal manifestiert, ergibt sich vor allem auch aus der Tatsache, dass es in der österreichischen Gesellschaft eine Kontinuität des Antisemitismus und Rassismus gibt, gegen die von den politischen Repräsentant*innen kaum vorgegangen wird. Eine sehr anschauliche und direkte Verbin-

der Klasse Kunst und kommunikative Praxis im Rahmen der von Martin Krenn geleiteten Lehrveranstaltung »Wider das Vergessen« im März 2009 gegründet.

3. FRIEDRICH DAHM, Kurier, 2. September 2010
4. HEIDEMARIE UHL (2011): Aus dem Lot. Denkmäler und reflexive Erinnerungskultur. In: Handbuch zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal. S. 44
5. Heidemarie Uhl, Brigitte Hamann: URL: science.orf.at/stories/1641259
6. ALEIDA ASSMANN (2011): Ein Weckruf im Herzen der Stadt. Interventionen rund um das Karl-Lueger-Denkmal in Wien. In: Handbuch zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal. S. 59

dung findet sich in der Wortwahl »Wien darf nicht Istanbul werden«, die sich auf Plakaten der Wiener FPÖ im Wahlkampf 2005 wiederfand. Dieser Satz erinnert nicht zufällig an Luegers Ausspruch »Groß-Wien darf nicht Groß-Jerusalem werden«⁷, sondern aktualisiert und transferiert deutlich das politische Kalkül hinter Luegers aggressivem Antisemitismus in die heutige rassistische Politik der FPÖ.

KONTINUITÄT

Dass diese Kontinuität bestehen kann, hat letztlich auch die Sozialdemokratische Partei mitzuverantworten. Antisemitische und rassistische Ressentiments zum Zwecke des Stimmenfangs werden leider nicht nur von der FPÖ oder dem BZÖ bedient. Darüber hinaus, und um nur einen von vielen Gründen aufzuzeigen, der zur Stärkung der (extremen) Rechten durch die Parteien der Mitte führt: Chantal Mouffe hat in »Über das Politische« und später »Postdemokratie – und die zunehmende Entpolitisierung« nachgezeichnet, dass spätestens seit dem in den 1980er Jahren eingeschlagenen »Weg der Mitte«, die Grenze zwischen Parteien des linken und rechten Spektrums zunehmend verwischt, vor allem weil antikapitalistische Elemente von ersteren aufgegeben wurden, wodurch, mangels echter Alternativen an der Wahlurne ein postpolitischer Zustand im Entstehen begriffen ist, der eben populistischen Parteien zu ihrem Erfolg verhilft.⁸

Dies verdeutlicht die enge Verbindung zwischen einer linken Politik, die ihr ursprüngliches Ziel aus den Augen verloren hat (und de facto keine mehr ist, weil sie sich in der konsensualen Mitte aufgelöst hat) und dem Erstarken eines Rechtspopulismus. Die österreichische Politiklandschaft der letzten Jahrzehnte kann als ein Paradebeispiel für Mouffes These gewertet werden.⁹

Die Sozialdemokratie hat somit mehrere Wege zu beschreiten, um rassistischen Populismus aus der Politik zu verbannen. Und es gäbe viele Möglichkeiten einfach loszulegen. Ein erster symbolischer Akt wäre eine Umwidmung des

7. BRIGITTE HAMANN (2001): »Hitlers Wien«. S. 404
8. Und sie mahnt: »Wenn die politische Linke es nicht schafft, die Hoffnungen und die Leidenschaft der Menschen für eine gerechtere und egalitäre Gesellschaft zu mobilisieren, so besteht die ernste Gefahr, dass rechtsgerichtete populistische Parteien versuchen werden, dieses Feld zu besetzen.« URL: <http://www.bpb.de/apuz/33565/postdemokratie-und-die-zunehmende-entpolitisierung-essay?p=all>; Siehe auch Chantal Mouffes Essay »Über das Politische«, welches die Verantwortung der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien am postpolitischen Zustand hervorhebt.
9. Vgl. CHANTAL MOUFFE (2010) [2007]: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. S. 88
10. DORON RABINOVICI (2011) In: Handbuch zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal. S. 185
11. VERENA KRIEGER (2011): Prinzip Palimpsest. Künstlerische Strategien zur Transformation problematisch gewordener Denkmäler. In: Handbuch zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal. S. 69
12. ALEIDA ASSMANN (2011): Ein Weckruf im Herzen der Stadt. Interventionen rund um das Karl-Lueger-Denkmal in Wien. In: Handbuch zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal. S. 57

Lueger-Denkmal in ein Mahnmal gegen Antisemitismus und Rassismus. Vor allem die österreichische Geschichte mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit erfordert eine solche Maßnahme. Der antifaschistische Grundkonsens darf nicht zur Leerformel werden. Antisemitischem und rassistischem Populismus muss auf allen Ebenen entkräftend begegnet werden. Denn: »Wir können Auschwitz nicht ohne all das denken, was – insbesondere hier in dieser Stadt – ein paar Jahrzehnte davor geschah; und deshalb können wir auch Lueger nicht mehr gedenken, ohne uns an Auschwitz zu erinnern.«¹⁰

Der Historiker und Schriftsteller Doron Rabinovici hat in seiner Unterstützungserklärung des Open Call ein wichtiges Argument geliefert, Lueger nicht länger, so wie er da steht, hinzunehmen. Und die Kunsthistorikerin Verena Krieger schließt inhaltlich daran an, wenn sie sagt: »Nach der Erfahrung des Nationalsozialismus ist es unerträglich geworden, dass einem aggressiven Antisemiten und erklärten Vorbild Hitlers unvermindert gehuldigt wird.«¹¹

TEIL DER GEGENWART

Aleida Assmann beschreibt im Handbuch zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal die Wirkung von Denkmälern, die einem schleichenden Prozess der Historisierung unterliegen. Diese dürfen meist bleiben, »weil sie nicht mehr primär als Träger von Botschaften wahrgenommen werden [...] Unter diesen historisch gewordenen Denkmälern gibt es jedoch auch solche, deren Status problematisch ist. Sie verkörpern eine Vergangenheit, die noch nicht wirklich historisch geworden ist, weil ihre Botschaften in einer unausgesprochenen Form noch Teil der Gegenwart sind.«¹²

Die Wiener öVP stellt ihre Geschichtspolitik zur Schau, indem sie jährlich einen Kranz zu Ehren Luegers auf dessen Grab niederlegt. Von dieser Partei wird also nicht so schnell eine Änderung ihres Geschichtsbewusstseins Lueger gegenüber zu erwarten sein. Die Wiener SPÖ versteckt sich hinter dem Denkmalschutz. Wer hat hier die Deutungshoheit? Wer

entscheidet, welche Geschichts- und Gedenkpolitik betrieben wird? Ist es wirklich im öffentlichen Interesse, dass Karl Lueger mit einem so prominenten Denkmal weiterhin verherrlicht wird? Ist es nicht vielmehr im öffentlichen Interesse, dass es gekippt wird? Wir sagen ja!



LILLY PANHOLZER,

die diesen Beitrag als Mitglied des Arbeitskreises zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal in ein Mahnmal gegen Antisemitismus und Rassismus in Österreich verfasst hat, studiert Kunst und kommunikative Praxis an der Universität für angewandte Kunst

Das Handbuch zur »Umgestaltung des Lueger-Denkmal« gibt es zu bestellen oder zum kostenlosen Download unter: luegerplatz.com

REFLECTING FASHION



Die Freiheit, die sie meinen, die anderen

Österreich hat einen schwulen, vom Kardinal akzeptierten, Pfarrgemeinderat. Ist das ein Symbol dafür, dass Lesben und Schwule »eh schon alles dürfen«? Rainer Bartel argumentiert, warum Diskriminierung weiter besteht und welche radikalen Schritte es für eine langfristige Überwindung braucht.

Zum Glück sind in Österreich körperliche Übergriffe – zumindest die dokumentierten – auf Lesben und Schwule selten. Die Zeiten haben sich eben merklich geändert, nämlich vom Totalverbot einvernehmlichen Sexes zwischen zwei geschlechtsreifen Jugendlichen oder Männern, das erst 1971 gleich infolge der Minderheitsregierung Bruno Kreiskys und mit Justizminister Christian Broda aufgehoben wurde, über die dafür von der ÖVP als Ersatz gedachten und zur Bedingung gemachten Strafrechtsparagrafen (»Mindestalterparagraf«, »Werbeparagraf«, »Vereinsverbot« und Prostitutionsverbot), eine auf VP-Druck quasi als Nachfolge des Mindestaltersparagrafen eingeführte, formell neutrale Strafrechtsbestimmung »Sexueller Missbrauch von Jugendlichen«, die faktisch-inhaltlich als Diskriminierungsinstrument gegen homosexuelle Jugendliche dient, bis hin zur Einrichtung der Eingetragenen Partnerschaft mit ihren verbleibenden, teils schon höchstgerichtlich aufgehobenen Diskriminierungen gegenüber der Zivilehe zwischen Mann und Frau.

Es war ein mühsamer Weg und letztlich doch ansehnlicher Erfolg für die humanistischen Kräfte aus Politik und Zivilgesellschaft. Viele, darunter auch Lesben und Schwule, meinen, die Homos sollten endlich Ruhe geben, sie dürften eh schon fast alles, und es gebe doch größere Probleme. Ja, aber dennoch ist die Emanzipation aus den Zwängen der heterosexuellen Normen (»Heteronormativität«) längst nicht geschafft. Die Ungleichheit der Behandlung von Menschen einzig nach dem aus der Intim- und Privatsphäre hervorgekramten und zudem äußerst schwammigen Kriterium der sexuellen Orientierung (Wer gilt wann als homosexuell?) ist fest in die Gesellschaft eingeschrieben, sowohl im wörtlichen als auch übertragenen Sinn.

DISKRIMINIERUNG ALS NORM

Das Wort, das Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung auf dem Papier fest- und in die Gesellschaft einschreibt, ist zuvorderst ein autoritäres: das demokratischer Legislative. Es hat Gewicht, kommt es doch vom entwickelten Rechts- und Wohlfahrtsstaat. Mittels solcher staatspolitischer Autorität wandelte sich die inhaltliche Gültigkeit des diskriminierenden Worts – Max Weber aus 1922 folgend – von einer dekretierenden Herrschaft zu einer akzeptierten Norm. Der Staat denkt vor, und Einsicht macht sich breit, welche die Vorurteile und emotionalen Werturteile bestärkt, wie eine jüngste Untersuchung aus Berkeley zeigt. Der Geist der Gesetze transportiert eben Inhalte, fundiert gesellschaftliche Diskurse, fördert Dozilität und gestaltet so Überzeugungen.

Die Botschaft der politischen Vertretung des Souveräns an ihre MandatsgeberInnen ist deutlich und verfestigt dadurch den Status quo (statt innovatives Hinterfragen zu fördern): Es sei sachlich gerechtfertigt, eine Gruppe wegen deren Sexualverhaltens und insbesondere Zusammenlebens zu benachteiligen, pardon: nicht völlig gleichzustellen. Die von Carol Johnson erst vor einem Jahrzehnt begrifflich geprägte »sexuelle StaatsbürgerInnen_schaft« differiert immer noch vom Begriffsinhalt der landläufigen StaatsbürgerInnen_schaft, welche die Rechte der BürgerInnen umfassend, aber eben nur allgemein, im Großen und Ganzen umfasst, nicht in den Details. Die sexuelle StaatsbürgerInnen_schaft teilt diesbezüglich das Schicksal mit den Grundrechten. Wieso ist diese Diskriminierung eigentlich haltbar?

Erstens ist der Zusammenhang zwischen WählerInnen_willen und Politikmaßnahmen samt ihren Ergebnissen in unserer komplexer werdenden Gesellschaft schwächer gewor-

den; mit Lesben- und Schwulenpolitik als Fokus kann politisch nicht nennenswert gepunktet werden, wie das Beispiel des Liberalen Forums verdeutlicht. Eine ähnlich mächtige Position nehmen religiöse Organisationen ein, die ihre Macht aus dem transzendental erfüllten Glauben und – doch eher überheblich und paternalistisch – aus dem Missionsbewusstsein ihrer AnhängerInnen schöpfen; ihre jeweilige Wahrheit ist im modernen erkenntnistheoretischen Sinn nicht rational nachvollziehbar zu erkennen, also subjektiv.

Ein anschauliches Beispiel bietet zurzeit der regelrechte Kulturkampf in den USA vor der Präsidentschaftswahl, wie er etwa von www.care2.com anschaulich dokumentiert wird. Wohlgermerkt wird das Ringen hauptsächlich auf sexualbezogenem, nebensächlich (weil von ersterem abhängig) auf sozialpolitischem Terrain geführt, das wohl nicht zu Unrecht von humanistischen ProgressistInn_en und theokratischen ReaktionäInn_en für zentral für die gesellschaftliche Gestaltung angesehen wird. Es geht also um Macht und so auch um deren kulturelle Wurzeln.

Zweitens ist Bildung in Form kritischen Bewusstseins und Emotionen möglichst ausblendendem Hinterfragen derart eng auf einen Personenkreis konzentriert, dass (ergebnis-) offene inhaltliche Auseinandersetzungen, wie in der Sozialdemokratie etwa von der Sektion 8 und der Sozialistischen Jugend (sj) angestoßen, kaum vorkommen. Eingedenk dessen und stattdessen machen Eliten Machtstrategien (denken wir an Infotainment und diskursive Techniken), die Medien – als Medium für die Mediation von Fakten, Interpretationen und Auffassungen – konzentrieren sich auf taktische Analysen und Reproduktion vorgefertigter diskursiver, meist ideologischer oder moralisierender Floskeln, wie uns die Semantik lehrt und die Praxis weist. Immerhin bedeutet Bildung aber Machtkontrollmöglichkeit und Gegenmacht zum Glauben und Meinen, zum Missionieren und Indoktrinieren, zum Manipulieren und Übervorteilen, zum Unterwerfen und Marginalisieren, zum strategischen Vereinnahmen für andere, hintergründige gesell-

schaftspolitische Zwecke, oft gruppenspezifische Partikularien. Eine derartige Vereinnahmung beschreibt Antke Engel, indem sie etwa meint, du dürftest ruhig schwul bzw. lesbisch sein, wenn du dich entweder dem Wirtschaftsliberalismus unterwirfst (z.B. der offen schwule Außenminister) oder dem Amtskirchendogmatismus (bspw. der in eingetragener Partnerschaft lebende niederösterreichische Pfarrgemeinderat von des Wiener Kardinals Gnaden; immerhin widerspricht das der Botschaft des Katechismus, das Kreuz der Homosexualität anzunehmen und sich sexuell zu enthalten).

Was nützt ausgedehntere politische Bildung, wenn sie ohnedies nur den Mainstream predigt? Mit konventionellen Denkschemata, welche die heutigen gesellschaftlichen Bedingungen und darunter speziell die gesetzlichen Bestimmungen fundieren, kann die allgemeine Prävalenz des *othering*, des emotions- und traditionsbasierten Taxierens und des exkludierenden Umgangs mit dem und den anderen (seien es Homosexuelle oder MigrantInnen), nicht gut gekontert werden. Das System reproduziert sich selbst sehr hartnäckig. Und dennoch gibt es Fortschritte, die ein entsprechender sittlich-intellektueller Boden bescheiden, aber kontinuierlich nährt.

KLEINGRUPPEN UND PRIVATE PROBLEMLÖSUNGEN

Trotz weitläufiger Bildungsmisere und Mangelhaftigkeit demokratischer Kontrolle keimt zwar durchaus das Bewusstsein auf, da gäbe es Probleme für die (sexuellen) Minderheiten, doch das Unrechtsbewusstsein und somit der Problemlösungsdrang sind nicht hinreichend ausgeprägt, dass in der Tat eine saubere Lösung zuwege und zustande gebracht würde. Denn so schlimm kann es ja nicht sein, wenn der Außenminister und der Pfarrgemeinderat... Daher kommt es eher zu individuellen Problemlösungen im autonomen Wirkungsbereich so mancher Person: Sie ist in ihrem persönlichen Umgang mit und in ihrem Reden über Lesben und Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle merklich toleranter, empathischer, solidarischer. Aber der hierarchisierende Grundtenor in der

Gesellschaft bleibt: Es dürfen nicht unbedingt alle gleich behandelt werden.

Der Mensch vergleicht sich gern und viel mit anderen. Er begründet dadurch eigenes, aber auch fremdes Leid. Der generelle Leistungsdruck mit all den von ihm erzeugten und längst hinlänglich bekannten sozialen Abstiegsängsten lässt die Menschen mehr oder weniger danach trachten, sich in der einen oder anderen Hinsicht mit anderen in dem Sinn erfolgreich vergleichen zu können, da diese anderen in der jeweils passenden Hinsicht hierarchisch unter ihnen stehend beurteilt werden können. Aspekte dazu bieten die soziale Nachreihung der Perversen ebenso wie der Sieg einer (meiner) Nation oder eines (meines) Vereins im sportlichen bis militärischen Kampf; wir kennen die Übertragungen von Schirennen und Bombardements v. a. in *public viewings*. Besonders in mit männlicher Stärke konnotierten kämpferischen Sportarten können sich Xenophobie und Homophobie relativ leicht die Hand reichen; darin gehen die eher intellektuell Geleiteten schnell unter.

Homophobie benennt, wörtlich übersetzt, die »Angst vor dem Gleichen«. Inhaltlich umfasst diese Phobie die Angst vor gleichgeschlechtlichem Empfinden, Sehnen, Sexualhandeln und Lebensstil, wie das Martin Dannecker ausführt. Selbst wenn ich damit selbst keine Probleme habe, beinhaltet Homophobie zumindest die Angst, andere könnten vermuten oder glauben, ich sei abnormal, also mit dem gesellschaftlichen Makel, eine zentrale Norm nicht zu erfüllen, behaftet sein, und ich könnte dadurch ungerechtfertigt in fremdem Ansehen sinken und sozial marginalisiert werden.

HETERONORMATIVITÄT CONTRA DIVERSITÄT

In einer solchen, von Heteronormativität geprägten Umwelt (fast alles vermittelt: Du sollst heterosexuell sein!) kommt es bei Lesben und Schwulen freilich oft zu einem Vorgaukeln von Heterosexualität. Darüber hinaus ist aber für die Verfestigung von Homophobie ebenso bedeutsam, dass tolerante,

aber sozial ängstliche Personen jeglicher sexueller Orientierung als die vorbeugende Defensivstrategie wählen, Hass auf Lesben und Schwule vorzuspielen. Diese strukturelle Gewalt, die von Heteronormativität ausgeht und in konkrete Übergriffe in die Privatsphären anderer mündet, wird längst gleichbedeutend mit ihrer letztlich Ursache verwendet, eben mit der diffusen Furcht vor Homosexualität.

Die Wirkmacht struktureller, also von den Gesellschaftsstrukturen bedingter Gewalt erweist sich schließlich an der Unsichtbarkeit von Homosexuellen, die sich als Heteros tarnen. Ganz offenbar herrscht Angst vor Homophobie. Zuweilen mögen wir seelische Gewalt vielleicht wegen ihrer im Vergleich zu Brachialgewalt geringeren Mercklichkeit für Dritte unterschätzen. Doch ihre Wirkungen auf Psyche, Psychosomatik und Suizidalität sollen nicht unterschätzt werden, wie viele Studien belegen. Zusätzlich begleiten und verschlimmern psychische Effekte auch den physischen Schaden durch tätliche Angriffe.

Noch vor der Ausführung der Hypothese, Homosexualität sei grobenteils unsichtbar, stoßen wir auf das klassifikatorische Grundproblem: Was ist ein Homosexueller? In der Realität der L(i)ebensweisen ist die Diversität die Regel und sollte daher auch (warum nicht?) die akzeptierte Norm sein, solange alles auf freier Entscheidung beruht und Dritte nicht unzumutbar betrifft; Jane Lewis meinte vor zehn Jahren vom soziologischen Standpunkt dazu, dass pure Intoleranz nicht beachtlich und daher sittlich nicht schützenswert sei. In diesem Licht ist jene Normalität, auf welche die Diskriminierung aufbaut, ein Artefakt.

Selbst angesichts der methodischen Erfassungsprobleme seriöse Schätzungen des homosexuellen Bevölkerungsanteils streuen von etwa vier bis ungefähr 35 Prozent, mit einer kleinen Häufung bei rund 10 Prozent. Gehen wir, so krude es auch sein mag, vom vorsichtigen Wert von fünf Prozent aus, bloß um ein Gefühl für eine in Personen gemessene Größen-

ordnung zu bekommen, so sind dies bei einer Bevölkerung von 8,4 Millionen immerhin 420.000 Lesben und Schwule in Österreich. In einer Gemeinde oder einem Wohnviertel oder einer Uni von 1.500 Personen, wo zumindest vom Sehen und Hörensagen fast jede_r jede_n kennt, wären das 75 homosexuelle Menschen. Kennen wir wirklich so viele? Es sei behauptet, wir kennen nur die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs. Die meisten Homosexuellen üben sich (außer in vorsichtig selektierten Kleinstgruppen) erfahrungsgemäß im Heterospielen. Das geschieht unter immensen persönlichen Belastungen und auch nicht zu vernachlässigenden Kosten, was etwa Thomas Köllen vor kurzem aufzeigte.

Geht mitunter ein wegen seiner Lebensart körperlich attackierter oder mit seiner sexuellen Orientierung erpresster Schwuler zur Polizei, um dies anzuzeigen, und übersteht er mutig und entschlossen die zuweilen versuchte oder empfundene Opfer-Täter-Umkehr, so enthüllt sich im Verlauf der Verfahren immer wieder, dass es viele Opfer es gibt, die aus Furcht vor *outing* vor einer Anzeige zurückschrecken, dadurch das Risiko für die Kriminellen senken und solcherart diese Hass- und Gelegenheitsverbrechen fördern.

Das sind Beispiele für die veritable Gewaltherrschaft der Heteronormativität und die Unfreiheit der Homosexuellen. Um deren Diskriminierung die Basis zu entziehen, sei die Abschaffung der Geschlechter als gesellschaftliche Kategorie gefordert, angefangen gleich beim Personenstandsrecht. Langfristige Maßnahmen sind nicht Maßnahmen, die lange hinausgezögert werden könnten, sondern deren Wirkungsverzögerung lange ist. Ist es daher etwa übertrieben zu meinen, die politischen Schwerpunkte müssten unverzüglich wirkungsstarke Maßnahmen für bessere und wahrere Bildung und für wirksame Integration in (fast?) jeder Hinsicht vorsehen? Es wird ohnehin noch lange genug dauern, bis sich der Erfolg einstellt, dass unverkrampfte (Sexual-)Anschauungen die Privatheit und Lebenslust fördern. Ist vielleicht die Gesellschaft für den Start noch nicht so weit?

LAND UNTÄTIGER – ZUKUNFTSARM?

Gegeben sei ein »wohlwollender Diktator« – die Fiktion eines perfekten Ausführungsorgans für den exakten politischen Willen gesellschaftlich bestinformierter BürgerInnen: also ein »souveräner« Souverän. Was würde er angesichts solch misslicher Verhältnisse tun? Dieses Gedankenexperiment soll uns helfen, bloße Wahltaktik und inhaltlich unzweckmäßige ideologische Starrheit als Hindernisse für gesellschaftspolitisch vernünftige Entscheidungen auszuräumen. Von dieser Metaebene aus können ein Beispiel gegeben und die Orientierung für eine bessere Politikpraxis geboten werden.

Schließlich geht es wesentlich um unser aller Zukunft, die unzweifelhaft von Vielfalt profitiert. Das demonstrieren sowohl die konservativ-liberale Neue Wachstumstheorie etwa eines Paul Romer als auch die empirische Forschung in Anknüpfung an Richard Floridas unkonventionelle Theorie der kreativen Klasse und deren Entwicklungsbeitrag zu Wohlstand und Wohlergehen in Kommunen und Regionen. Was lehrt uns all das?

Bei allem Vorbehalt gegenüber der Aussageschärfe der Human- oder Sozialwissenschaften sind gesellschaftlich essenzielle Entscheidungen wissenschaftsbasiert zu treffen. Glaubensinhalte religiöser oder ähnlicher Natur sind als undemokratisch, weil nicht rational nachvollziehbar, aus der Politik auszunehmen und als Privatangelegenheit zu behandeln (freilich bei effektiver grundrechtlich garantierter Glaubensfreiheit). Eine saubere Trennung zwischen Staat und Kirche ist vorzunehmen.

Es ist unsozial, darauf erpicht zu sein, zu betonen oder auch nur anzudeuten, wenn ich mich gegenüber Lesben und Schwulen solidarisch zeige, ich sei ohnedies heterosexuell. Zudem ist es unsozial, wenn ich als grundsätzlich solidarischer Mensch bei Bekanntwerden homophober Grenzüberschreitungen nicht auf- und für die Homosexuelle einstehe. Ansonsten rückt durch das eine wie durch das andere die Über-

windung von stigmatisierendem *othering* stets erneut außer Reichweite.

Im Interesse einer effizienten Politik sind Maßnahmen gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen der Zielgruppen zu setzen. Nicht über Lesben und Schwule ist zu sprechen, sondern – im Sinn einer Bedarfsorientierung – ist mit ihnen und solcherart auch für sie zu arbeiten. Sonst wird es sich bei der Inklusion immer wieder spießen.

Jede Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung ist zuerst im staatlichen oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Kompetenzbereich ohne Verzug aufzuheben, um eine glaubwürdige und durch Vorbild und Überzeugung auch effektive Politik zu betreiben. Alibihandlungen mangelt es an Konsequenz; sie sind daher als ineffizient zu betrachten.

Neben Konsequenz ist Information (im besten Wortsinn, etwa abgegrenzt zu rein parteitaktischer Propaganda) das Fundament für konstruktive und nachhaltige Politik, die mit eingeübten Gewohnheiten und internalisierten Vorurteilen brechen will und es auch kann; das zeigt zuletzt eine kanadische Psychologiestudie. Es ist also vermittelbar, politisch möglich und gestalterisch nur konsequent, alle Normen zur Gestaltung des Privaten diskriminierungsfrei zu machen. Gerade in den intimeren, zutiefst menschlichen Bereichen von Privatheit dürfen die persönlichen Potenziale zur Individual- und Gesellschaftsentwicklung nur beschränkt werden, soweit sie Dritte unmittelbar und unzumutbar betreffen.

Unter gesellschaftlich zweckmäßige Information als Basis für eine vernünftige Politik fällt nicht zuletzt die Schulbildung, was eine US-Studie voriges Jahr untermauerte. So, wie Sexualunterricht und politische Bildung auf der Sekundarstufe gewöhnlich gelehrt werden (wurden?), nämlich selektiv und deskriptiv, bar sozial- bzw. humanwissenschaftlicher Zusammenhänge, wäre ein Mehr an Unterricht ein Weniger an outcome. Alle somatologischen Details des Sexus kennen

zu müssen, ist zu viel; Sexualität nur im Geschlechtsakt zu begreifen, ist zu wenig. Wesen und Wirkung von Sexualität in der persönlichen Kommunikation und in der Gestaltung der Gesellschaft zu erkennen, ist Anspruch. Alle institutionellen Details des politischen Systems kennen zu müssen, ist zu viel; Politik nur im Setzen eines Kreuzchens, Heben der Hand, Feststellen von Mehrheiten oder Unterschreiben einer Petition zu begreifen, ist zu wenig; Politik als umfassende Prozess der Gestaltung im Interesse des Menschen innerhalb der Gesellschaft zu erkennen, ist Anspruch.


FREIHEIT UND IHRE ALLIIERTEN

Freiheit kann sehr unterschiedlich aufgefasst werden. Zum einen formal, Liberalität als Abwesenheit von Zwang, zum anderen inhaltlich, *empowerment* als Befähigung zu etwas. Freiheit soll nicht primär formell gesehen werden, um zu verhindern, dass gerade diese Freiheit wie ein Vakuum strukturelle gesellschaftliche Macht induziert, welche die freie Entscheidung zu etwas einschränkt, zu vermeiden, dass Scheinliberalität die Selbst-/Befähigung behindert oder verhindert. Nach Judith Butler sind *gender* (*genus*) als das »soziale Geschlecht« und sogar *sexus* als das körperliche Geschlecht (und so auch die gelebte Sexualität) durch gesellschaftliche Machtstrukturen kreiert und geordnet und zum Teil der Unfreiheit unterworfen.

Laut Kate Millets »*Sexual Politics*« (»Sexus und Herrschaft«) ist die Heterofamilie der institutionelle Sitz des Patriarchats und der Kern der Tyrannei zwischen den sozialen Geschlechtern. Sowohl Homosexualität als auch Feminismus gefährden diesem Sinn die Heteronormativität bzw. das Patriarchat. Die Konzepte »sexuelle Orientierung« und »soziales Geschlecht« ähneln einander in ihrer Unterdrückung und darin, wie ihr *self-empowerment* emanzipativ miteinander verwoben ist. Heteronormativität und die Normativität des engen, konservativen Familienkonzepts verstärken einander in ihrer gesellschaftlichen Strukturierungskraft und könnten nachhaltig am ehesten gemeinsam aus dem Teufelskreis der Freiheitseinschränkung ausbrechen. Auch Männer können

und sollten Feministen sein. Wie leicht kann es einem selbst passieren, unversehens aus der »sozialen Mehrheit« in eine »soziale Minderheit« hinübergerutscht und unfrei zu werden? Es wäre wohl nicht ganz so schlimm, denn dann dürften sie doch eh noch fast alles, zumindest formell, aber nicht so sehr inhaltlich, denn wenn Diskriminierung die Norm ist, tun sich die Diskriminierten mit den NormerfüllerInne_n offensichtlich schwer.

Freiheit hat zudem starke GegnerInnen; ihre Bahnbrechung und Durchsetzung erfordern Effektivität und dazu Allianzen zwischen den diskriminierten Gruppen, die Solidarität aufgeklärter sozialer Mehrheitsgruppen sowie eine unablässige, selbstverständliche Einforderung anerkannter Grundrechte auf der Basis harter Fakten und nötigenfalls positive Diskriminierung. Freiheit ist eine ständige Herausforderung, der neo-liberal-reaktionären Assimilation Widerstand zu leisten. Freiheit kann in resignativer Anerkennung verfestigter Unfreiheit nicht nennenswert gedeihen. Sie verlangt die Einforderung des Ganzen: Chancengleichheit – wenn es sein muss, iterativ.

Sie halten das Ganze für überzogen, sekundär oder gar entbehrlich? Nun: Zum Glück sind in Österreich körperliche Übergriffe – zumindest die dokumentierten – auf Lesben und Schwule selten ... (Fortsetzung ganz oben). 

RAINER BARTEL

ist Associate Professor of Economics an der Johannes Kepler Universität Linz und ehrenamtlicher Leiter des Beratungsteams der Homosexuellen Initiative (Hos) Linz.



Joseph Beuys Filzanzug / Felt Suit, 1970, Wollfilz, mit eingenähtem Zertifikat: nummeriert 18/100, Edition 27, 170 x 60 cm
Sammlung Philipp Konzett, Wien, © bpk / Bayerische Staatsgemäldesammlungen / VBK Wien, 2010

REFLECTING FASHION



Erwin Wurm Construct (aus der Serie / from the series Hermès), 008, Holz, Acryl, Stoff / wood acrylic, fabric, 154 cm x 38 cm x 33 cm, Courtesy of the artist, Foto: Lisa Rastl, © VBK Wien, 2012/mumok

Iran, Demokratie & FIFA



Michael Lüders IRAN: DER FALSCHER KRIEG

Warum steht Teheran im Fadenkreuz? Michael Lüders stellt scheinbare Gewissheiten infrage, erzählt die Geschichte Irans seit dem Sturz von Premier Mossadegh durch einen britisch-amerikanischen Putsch 1953, zeichnet ein lebendiges Bild der Islamischen Republik und beschreibt die machtpolitischen Verhältnisse zwischen Mittelmeer und Indien. Das Buch zeigt, wie gefährlich ein Angriff auf den Iran wäre.

C. H. BECK, 175 Seiten, 15,40 Euro

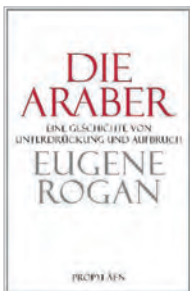


Miguel Abensour DEMOKRATIE GEGEN DEN STAAT

Auch repräsentative Demokratien tun sich mit der Demokratie von der Straße schwer. Vielleicht ist es daher an der Zeit, die Demokratie neu zu denken? Abensour nimmt für diesen Versuch seinen Ausgang bei Marx, der bislang nicht als bedeutender Demokratietheoretiker

bekannt war. Abensour gelingt es in den Texten des frühen Marx eine Theorie der »wahren Demokratie« freizulegen.

SUHRKAMP, 269 Seiten, 25,70 Euro



Eugene Rogan DIE ARABER

Rogans Darstellung beginnt mit der Eroberung der arabischen Welt durch das Osmanische Reich zu Beginn des 16. Jahrhunderts und führt bis zum revolutionären Aufbruch unserer Tage. Es ist eine lange Geschichte der Unterdrückung und

Ausbeutung, aber auch eine der oft kaum bekannten Versuche der arabischen Völker, sich gegen ihre Unterdrücker aufzulehnen und Freiheit und Wohlstand zu erlangen.

PROPYLÄEN, 736 Seiten, 27,80 Euro



Cordelia Fine DIE GESCHLECHTERLÜGE

Cordelia Fine entlarvt, wie unter dem Deckmantel der Wissenschaft schlampe Untersuchungen, oberflächlich gedeutete Forschung und vage Beweise zu angeblichen Tatsachen gemacht wurden. Sie zeigt, wie unser Leben als

Mann und Frau stark von geschlechertypischen Erwartungen und Vorurteilen beeinflusst wird, selbst wenn wir sie nicht gut heißen.

KLETT-COTTA, 476 Seiten, 17,20 Euro



Dietmar Dath und Barbara Kirchner DER IMPLEX

Das Buch handelt von der Geschichte und Idee des sozialen Fortschritts und behauptet, jede Handlung, jeder Gedanke tatsächlich mehr Möglichkeiten der Selbstverbesserung enthält, als man auf den ersten Blick sieht. Den inneren Zusammenhang dieser verborgenen Freiheitsgrade wird »Implex«

genannt. Die Autoren zeigen, wie die Aufklärung der Gegenwart Werkzeuge der Emanzipation vererbt hat.

SUHRKAMP, 880 Seiten, 30,80 Euro



Thomas Kistner FIFA-MAFIA

Der Autor erzählt, wie unter dem Denkmäntelchen, die schönste Nebensache und alle vier Jahre das größte Sportereignis der Welt zu den Menschen zu bringen, sich über die letzten vier Jahrzehnte eine weitgehend korrupte Clique an die

Spitze des Weltfußballverbandes gesetzt hat; wie mit Tricks und Durchstechereien die lukrativste Rechte verschoben, finanzielle Kickbacks ergaunert, eigene Leute bezahlt und/oder in Position gebracht worden sind.

DROEMER/KNAUR, 432 Seiten, 20,60 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Hühner, Ostslowakei & Neuseeland



Ralf Rothmann
SHAKESPEARES HÜHNER

In einer Erzählung denkt eine junge Gitarristin über Shakespeare nach: »Verglichen mit den Sorgen und Nöten seiner finsternen Gestalten sind wir eigentlich nur Hühner oder? Shakespeares Hühner. Wir machen ein unglaubliches Gegacker um lauter Kram: Prüfungen, Lockenstäbe, Handymarken, Geld, und wissen insgeheim doch alle, dass es nicht das Wahre ist. Dass nichts das Wahre sein kann hinterm Hühnerdraht.«
SUHRKAMP, 211 Seiten, 20,60 Euro



Maurizio Maggiani
HIMMELSMECHANIK

In Tälern voller Kastanienwälder leben die Menschen der norditalienischen Garfagnana in einer eingeschworenen Gemeinschaft. Seit Generationen in Armut, aber reich an freiheitlichen Traditionen, an Anmut, Zorn und Liebe. Der namenlose Erzähler ist einer von hier. Er wird spät noch Vater, und seine Erinnerungen sind das Vermächtnis dieser Traditionen, die er seiner ungeborenen Tochter mitgibt.
EDITION NAUTILUS, 342 Seiten, 22,70 Euro



IVAN KLÍMA
STUNDE DER STILLE

Ivan Klímas Roman von basiert auf einer Recherche für einen Spielfilm, den er über die Entwicklung des Sozialismus in der Ostslowakei, einer armen und weithin unbekanntem Region zwischen Polen, der Ukraine und Ungarn, mitgestalten sollte. Der Film durfte nicht produziert werden, seine Notizen und Erlebnisse verarbeitete Klíma zu einem Roman, der die Zeit vom Kriegsende bis Anfang der fünfziger Jahre umspannt.

TRANSIT BUCHVERLAG, 253 Seiten, 20,40 Euro



JANET FRAME
WENN EULEN SCHREIN

Die Familie des Eisenbahners Bob Withers in der Kleinstadt Waimaru wird von Unglück und Krankheit geplagt. Hinter dem Drama der Familie werden aber gesellschaftliche Konflikte sichtbar: Kann man im ganz anders gearteten Kosmos Neuseelands einfach die Werte und Bildungsstandards des weißen Europa vermitteln, ohne Rücksicht auf die angestammte Kultur?
C. H. BECK, 287 Seiten, 20,60 Euro



Daniel Glattauer
EWIG DEIN

Hannes ist Architekt, ledig, in den besten Jahren und nicht nur der Traum aller Schwiegermütter – auch Judiths Freundinnen sind restlos begeistert. Am Anfang empfindet Judith die Liebe, die er ihr entgegenbringt, als Genuss. Doch schon bald fühlt sie sich durch seine intensive Zuwendung erdrückt. All ihre Versuche, ihn wieder aus ihrem Leben zu kriegen, scheitern – er verfolgt sie sogar bis in ihre Träume.
DEUTICKE, 208 Seiten, 18,40 Euro



Ben Brooks
NACHTS WERDEN
WIR ERWACHSEN

Die britische Literatur hat ein neues Wunderkind: Ben Brooks ist 19 und das ist sein vierter Roman. Und wie es sich für einen 19-Jährigen gehört, hält er nicht viel von Kompromissen. Mit radikaler Komik porträtiert er eine Jugend, die zwischen Internetpornographie und Psychotherapie, zwischen Facebook-Chat und Hippie-Eltern um ihren eigenen Platz in der Welt ringt.

BERLIN VERLAG, 272 Seiten, 19,90 Euro

Die These von der zu hohen Abgabenbelastung

Den Forderungen der Linken, die Steuern auf Vermögen kräftig anzuheben, um damit die Kosten der Finanzkrise im Budget zu bewältigen, den Sozialstaat zu verbessern und die arbeitende Bevölkerung zu entlasten, halten die Konservativen die Spitzenwerte bei der Abgabenlast im EU-Vergleich entgegen.

Auf den ersten Blick findet das Argument auch Bestätigung, denn die Abgabenquote, die misst den Anteil an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen am BIP, liegt in Österreich mit 43 % merklich über dem EU-Durchschnitt und an vierter Stelle der 27 Mitgliedsländer der EU. Die relativ hohe Abgabenlast bildet jedoch eine wichtige Voraussetzung für den gut ausgebauten Sozialstaat: In Österreich liegt der Anteil der Sozialausgaben am BIP mit 30 % ebenso wie der Anteil der armutsgefährdeten Personen mit 12 % der Bevölkerung an sechster Stelle der EU-Länder. Die Sozialquote ist seit Beginn der 1970er Jahre um 8 Prozentpunkte gestiegen, im gleichen Ausmaß hat sich die Abgabenquote erhöht. Länder mit hohem Niveau sozialstaatlicher Absicherung haben notwendigerweise auch eine höhere Abgabenbelastung.

Deshalb ist auch die Abgabenlast in Dänemark und Schweden besonders hoch, wo vor allem die kostspieligen sozialen Dienstleistungen besser ausgebaut sind als bei uns. Dies findet nicht nur die Unterstützung der BürgerInnen, sondern ist auch mit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft vereinbar. Forderungen nach Senkung der Abgabenquote sind daher generell primär als versteckter Versuch jener politischen Kreise zu verstehen, die in Wahrheit die Leistungen des Sozialstaates abbauen wollen. Darauf sollte die Linke nicht hereinfallen, denn jede Steuersenkung vor den Wahlen bedeutet Kürzungen im Sozialstaat nach den Wahlen.

Die insgesamt hohe Abgabenlast unterscheidet sich für einzelne Bevölkerungsgruppen allerdings markant: Die Steuern auf Vermögen betragen in Österreich nur 0,5 % des BIP, das ist der viertniedrigste Wert aller EU-Länder. Für Vermögende ist Österreich im EU-Vergleich ein Niedrigsteuerland. Das Aufkommen an Körperschaftssteuer auf Gewinne von Kapitalgesellschaften liegt in Österreich bei 1,9 % des BIP, ebenfalls am unteren Ende der EU-Skala. Selbst die Belastung mit Verbrauchssteuern ist in Österreich niedriger als im Durchschnitt der EU-Länder.

Österreich weist nur bei den Abgaben auf nichtselbständige Arbeit einen überdurchschnittlichen Wert auf. Mehr als die Hälfte der Staatseinnahmen stammt aus dieser Quelle, das ist der vierthöchste Wert innerhalb der EU-Länder. Dabei ist vor allem die Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen relevant, die für neun Zehntel der unselbständig Beschäftigten höher ist als jene mit Lohnsteuer. In der Lohnsteuer gibt es zwar hohe Grenzsteuersätze, gleichzeitig aber auch hohe Freibeträge und steuerliche Begünstigungen; insgesamt ist sie eine der wenigen Abgaben mit progressiver Wirkung.

Das Problem der österreichischen Steuern und Beiträge ist nicht ihr hohes Niveau, das angesichts des gut ausgebauten Sozialstaates gerechtfertigt ist. Eine Steuerreform im Sinn einer Steuersenkung wäre derzeit und für die nächsten Jahre weder finanzierbar, noch verteilungspolitisch akzeptabel. Eine Abgabenstrukturreform hingegen, die die Finanzierung des Sozialstaates auf neue Beine stellt, wäre aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen höchst wünschenswert.

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft
und Statistik der AK.

